Rheder Volkszeitung

Bezugspreis: 2,55 Mk. monatlich.

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt

Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.

Organ der Zentrumspartei

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolsing. Werth: Th. Parras.

Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 327 | Montag, den 25. November 1929 | Jahrgang 1929

Clemenceau †.

:: Paris, 24. Nov. Der ehemalige französische Ministerpräsident George Clemenceau ist in der Nacht zum Sonntag um 1,55 Uhr französischer Zeit seiner Krankheit erlegen. Noch in den späten Abendstunden des Samstag hatte man versucht, das Leben des „Tigers" durch Einatmen von Sauerstoff künstlich zu erhalten. Die Herztätigkeit wurde aber immer schwächer und die Nieren arbeiteten nicht mehr. Gestern nachmittag, als der Kranke eine halbe Stunde lang bei



Besinnung war, hat er seinem Freund und Testamentsvollstrecker Piétri seine letzten Wünsche mitgeteilt. Clemenceau will kein Nationalbegräbnis, er wünschte, auf seinem Besitz in Sant Vincent du Gard in der Vendée begraben zu werden in der Nähe seines Vaters und so, wie der Vater es für sich bestimmt hatte: nicht liegend im Sarge, sondern aufrecht stehend, den Sarg mit dem Kopfende nach oben gerichtet.

*

Wessen Lebensgang hat sich so eindrucksvoll ausgewirkt auf das Geschick seines Vaterlandes nicht nur, sondern Europas, ja der ganzen Welt, wie der dieses Toten?! Er ging aus von einem kleinen Städtchen in der Vendée, wo Clemenceau im Jahre 1841 geboren wurde, führte ihn über das Studium der Medizin in Paris und kümmerliche Zeiten in New-York, wo er französischer Sprachlehrer war, während der Kommune zum Amt des Maire von Montmartre und in die Deputiertenkammer. Zwanzig Jahre lang stürzte Clemenceau dann ein Ministerium nach dem andern; er würgte, wie ein Biograph von ihm sagt, aus reiner Lust am Würgen: daher sein alter Beiname „der Tiger." Er hat sich diesen Namen reichlich verdient. Zehn Jahre parlamentarischer Tätigkeit genügten, um ihm das Gefühl und das Bewußtsein beizubringen, unumschränkter Herr der Republik zu sein. Er stürzte Gambetta, auch das Kabinett de Freycinet, drei Jahre später zwang er Jules Ferry zur Flucht, dann nötigte er ein zweites Kabinett de Freycinet zum Rücktritt, ein Jahr darauf rang er Gablet nieder, und im gleichen Jahre mußte auf sein Betreiben hin Jules Grévy die Präsidentschaft niederlegen. Für sich selber wollte er nichts. War das Opfer gefallen, so verschmähte er jeden Anteil an der Beute. Er brauchte ihn nicht.

Wieder ging der Weg dann ins Mißgeschick. Von einem im Panama-Skandal bloßgestellten Finanzmann hatte Clemenceau ahnungslos Geld zur Gründung der Zeitung „La Justice" entgegengenommen. Gleichzeitig beschuldigte ihn Déroulède, im Solde Englands zu stehen. Als Volksverräter verschrien und verfolgt, mußte er sein Abgeordnetenmandat niederlegen. Zu stolz, um sich gegen die Angriffe zu verteidigen, verschwand er vom öffentlichen Schauplatz und vertauschte das Rednerpult des Parlaments mit dem Schreibtisch seiner Studierstube. Er schrieb Erzählungen und Romane. Gerade als er 60 Jahre alt geworden war, überraschte er die Welt mit einem Drama „Der Schleier des Glücks." In ihm lüftete er den Schleier vor seiner Weltanschauung. Alle Lebenswerte sind Täuschung, heißt sie auf eine kurze Formel gebracht, und hinter ihnen steht nicht das tröstliche Nichts Buddhas, nicht die Seligkeiten Salomos, sondern die tragische Lüge, die den Menschen foltert, bis sein Herz zusammenbricht. Eine schauderhafte Weltweisheit!

Um die Jahrhundertwende tritt er wieder in die Öffentlichkeit als furchtloser publizistischer Kämpfer für Dreyfus, Zola und Picquart in der von ihm gegründeten und geleiteten „Aurore". „Die Diktatur der Fälscher", so lautete die Ueberschrift eines Artikels vom 23. September 1898, der größtes Aufsehen erregte. 1902 wurde er in den Senat gewählt, im März 1906 wurde er Minister des Innern, im Oktober desselben Jahres Ministerpräsident bis Juli 1909. In seiner Zeitung „l'Homme libre", die später in „l'Homme enchaîné" umgetauft wurde, griff er Poincaré aufs heftigste an und suchte 1913 dessen Wahl zum Präsidenten der Republik zu vereiteln. Erfolglos!

So ging sein Lebensschiff auf und ab; er war Zeuge der Flucht der Abgeordneten vor den siegreichen deutschen Truppen von Paris nach Bordeaux, wo er der Unterzeichnung des Frankfurter Friedens durch die Nationalversammlung widersprach, erlebte die Vorbereitungen zu dem gleichen Schritt im Jahre 1914, während deren er nicht aus Paris wich, ur sah sich endlich am Ziele seiner höchsten Wünsche, als er den deutschen Friedensdelegierten in Versailles die Worte entgegenschleuderte: „Dieses ist die Stunde der Rache, auf die ich über 40 Jahre gewartet." Geboren während der höchsten Blüte des französischen Kaiserreiches, in die Politik eingetreten während der tiefsten Erniedrigung seines Vaterlandes, war er an führender Stelle mit tätig, es wieder zur Hegemonie in Europa zu führen.

Er war von Hause aus ein politischer Fanatiker von grausamer Rücksichtslosigkeit, von abenteuerlicher Tapferkeit und ausgezeichnetem Hochmut. Graniten wie sein Heimatboden schien seine schlanke, sehnige Gestalt, sein eckiger Schädel, seine gefurchten Gesichtszüge. Die Blitze seiner tiefliegenden dunklen Augen waren stets eine Herausforderung. Doch je wilder und stürmischer der Kampf in seinem Innern tobte, desto gelassener schien er äußerlich. Der Typ eines keltischen Diplomaten! Vor allem aber war er, wie Bismarck, ein starker Hasser; er haßte Deutschland ebenso heftig wie den Vatikan und war von Anfang seiner politischen Laufbahn an der schärfste Vertreter des Revanchegedankens. So nimmt es denn kein Wunder, daß er gleich nach seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten die „Entente cordiale" verfocht. Er trifft in Marienbad mit König Eduard VII. von England zusammen, der kurze Zeit vorher dem Kaiser Franz Josef von Oesterreich in Ischl einen Besuch abgestattet hatte. Die Folge ist, daß noch in demselben Monat ein englisch-russischer Vertrag abgeschlossen wird, der die Interessen in Persien zwischen beiden Ländern regelt. Dadurch wird der weltgeschichtliche englisch-russische Gegensatz beseitigt und die Einkreisung Deutschlands vollendet. Auch als er von dem Posten des Erstministers zurückgetreten ist, arbeitet er hinter den Kulissen immer weiter für die Entente, als deren eifrigster Verfechter er bei allen Verbündeten gilt. In den ersten drei Kriegsjahren tritt er dann bei jeder Gelegenheit für das zähe Durchhalten im Kampfe ein und wird nicht müde, die Maßnahmen der ihm nicht genehmen Minister sowie der wenig erfolgreichen Generale zu brandmarken und andere Männer an die Spitze der Staatsgeschäfte oder des Heeres zu fordern. Im November 1917, als nach dem wenig erfolgreichen Sommerfeldzug die Kriegsmüdigkeit in Frankreich stark zugenommen hat, und im Heere, vor allem aber in der Etappe und in Paris, zahlreiche Gehorsamsverweigerungen, ja sogar Meutereien vorgekommen sind, wird Clemenceau mit der Neubildung des Ministeriums beauftragt. Er übernimmt nicht nur das Präsidium, sondern auch das damals besonders wichtige Kriegsministerium, das bis dahin Painlevé nicht gerade zur Zufriedenheit der Kammer und der Bevölkerung geführt hatte. Schon nach wenigen Tagen entwickelt Clemenceau sein Programm vor der Kammer und spricht die damals so viel bewunderten, aber auch so viel bedauerten Worte: „Alle Schuldigen vor das Kriegsgericht, keinen Pazifistenfeldzug mehr, keine deutschen Umtriebe mehr, weder Verrat noch Halbverrat!" Jeder weiß, was Clemenceau damit meint. Er versteht sich in den nächsten Monaten durchzusetzen und seine Pläne durchzuführen. Unermüdlich ist Clemenceau für die Fortsetzung des Krieges bis zum äußersten tätig. „Ich werde," so ruft er am 8. März 1918 in seiner bekannten Rede gegen den Ruf nach dem Frieden, „fortfahren, bis zur letzten Viertelstunde, denn die letzte Viertelstunde wird uns gehören." Der alte Revanchehelb behält Recht. Er sucht und findet in Marschall Foch den Mann, der gleich ihm von der größten Rücksichtslosigkeit beseelt ist und nur den Gedanken an den Sieg Frankreichs kennt. Das Glück ist ihnen hold, aber auch Englands Propaganda in der ganzen Welt gegen Deutschland und die Verhetzung der Massen trägt ihre Früchte. Am 11. November 1918 wird der Waffenstillstand geschlossen.

Als Vorsitzender der Friedenskonferenz von Versailles beweist Clemenceau, daß er der bedeutendste Diplomat und Staatsmann im Rat der großen Vier war. Er allein war mit einem festen und umfassenden Programm in die Konferenz gegangen. Es umfaßte (nach Wilson!) folgende Punkte: „1. Französische Militärkontrolle des Rheins. 2. Eine ständige Allianz der Großmächte, um Frankreich in seinem Besitz zu halten. 3. Die Schaffung einer Anzahl kleinerer Staaten, um Deutschland von Osten her zu bedrohen. 4. Gebietsverkleinerung des Deutschen Reiches. 5. Verkrüppelung der deutschen politischen Organisation. 6. Entwaffnung Deutschlands, aber nicht der Alliierten. 7. Schadenersatz bis zur Vernichtung. 8. Raub wirtschaftlicher Hilfsquellen. 9. Eine Reihe geschäftlicher Abkommen zum Vorteile Frankreichs und zum Nachteile Deutschlands." Das waren die Absichten Clemenceaus und seiner Unterführer Poincaré, Foch, Tardieu und Pichon. Das Friedensinstrument von Versailles beweist, wieviel sie von ihren Zielen erreichten. Die Grausamkeit der dem besiegten deutschen Volke auferlegten Bedingungen ist sein Werk; Furcht, Neid, Eitelkeit, Grausamkeit und Kleinlichkeit sind in ihm verkörpert. Weil in Versailles Furcht und Macht höher standen als Pflicht und Verantwortlichkeit! Diese Charakteristik des Versailler Vertrages, die den Memoiren Woodrow Wilsons entnommen ist, folgt Clemenceau ins Grab. Der Vertrag atmet den Geist Clemenceaus, der sich nicht deutlicher darstellen läßt, als durch das viel citierte Wort: „In Deutschland sind noch 20 Millionen Deutsche zu viel!" Wahrlich, der Beweis einer besonderen Tatkraft, aber auch einer noch nie dagewesenen Brutalität.

Clemenceau hatte seine Lebensaufgabe erfüllt. Trotzdem wäre er noch gerne an leitender Stelle geblieben, hoffte er doch, nach und nach durch Sanktionen gegen Deutschland wenigstens noch einiges von dem zu erreichen, was ihm bisher nicht gelungen war. Doch

Das Volksbegehren bleibt gültig.

In Ostpreußen 11 000 Stimmen ungültig.

Berlin, 24. Nov. Der ostpreußische Abstimmungsausschuß hat von den 330 738 Stimmen, die nach dem vorläufigen Ergebnis im Wahlkreis I (Ostpreußen) für das Volksbegehren abgegeben worden waren, nur 319 000 für gültig erklärt. Von den noch verbleibenden ca. 11 000 Eintragungen wurde die Ungültigkeit von 5590 Stimmen bereits endgültig entschieden. Weitere 5400 Eintragungen wurden als wahrscheinlich ungültig bezeichnet; über sie wird die letzte Entscheidung in einer späteren Beschlußfassung getroffen worden. Der Nachprüfung stehen sehr große Schwierigkeiten entgegen. Zahlreiche Namensunterschriften sind offenbar von dritten Personen vorgenommen worden. Der Leiter des Wahlprüfungsausschusses, Regierungsrat Thorau, wurde beauftragt, eine Nachprüfung vorzunehmen, die jedoch bis zu der vom Reichswahlleiter gesetzten Frist nicht möglich war. Die angenommene Ziffer von 5400 beruht auf Stichproben; es ist möglich, daß sie sich noch erhöht. Der Ueberschuß, den das Gesamtergebnis des Volksbegehrens über die zehn Prozent erzielte, betrug nach dem vorläufigen Resultat 19 835 Stimmen. In 26 Stimmkreisen hat die Durchprüfung der Eintragungsergebnisse ein weiteres Plus von 1535 Unterschriften ergeben. Dem steht nun das ostpreußische Minus von 11 000 Stimmen gegenüber, so daß sich bisher der Ueberschuß auf rund 10 000 Unterschriften reduziert hat.

*

Auch in Pommern und Hessen Ungültigkeitserklärungen.

Stettin, 24. Nov. Der Abstimmungsausschuß für den Stimmkreis 6 Pommern hat in seiner am Dienstag stattgefundenen Sitzung für das Volksbegehren „Freiheitsgesetz" 387 569 Stimmen als gültig anerkannt, das sind 33,12 Prozent der Stimmberechtigten. Für ungültig erklärt wurden 862 Stimmen, darunter 550, bei denen nach dem Augenschein eine eigenhändige Unterschrift nicht vorliegt. Es waren ganze Listen von ein und derselben Hand mit den Einzeichnungen der Einwohner des Abstimmungsbezirks versehen. Recht merkwürdig mutet das Ergebnis der Gemeinde Diek im Kreise Neustettin an. Es waren in 26 Fällen Handzeichen von Personen eingetragen, die angeblich des Schreibens unkundig sind. In den Fällen, in denen nachweisbar die Listen herumgetragen waren, wurden die Einzeichnungen für ungültig erklärt. In 1787 Fällen, wo die Aufsicht bei dem Eintragungsgeschäft von Personen mitnicht vorhandener Legitimation ausgeübt wurde, stimmte der Ausschuß mit 5 gegen 4 Stimmen für gültig. Beamte haben in 14 Fällen versucht, ihre Eintragung zurückzuziehen. Der Ausschuß erklärte dies für unzulässig, in diesem Falle nur gutachtlich, weil sich der Reichsstimmleiter bzw. der Reichsstimmausschuß endgültig entscheiden wird.

In Hessen hat sich der Abstimmungsausschuß auf Vorschlag des Abstimmungsleiters auf Richtlinien geeinigt, die vorsehen, daß alle Eintragungen, die nicht auf der Bürgermeisterei erfolgt waren, als ungültig gezählt werden. In einer Anzahl von Fällen trugen die Eintragungen Zusätze, die den Zuchthauspara-graphen ablehnten. In einem hessischen Stift hat eine deutschnationale Schwester Eintragungen für Schwerkranke vorgenommen, u. a. für einen Mann, der grade einen Schlaganfall erlitten hatte. Auch der Name einer Frau, die wegen Geisteskrankheit entmündigt ist, mußte der deutschnationalen Schwester zur Auffüllung ihrer Liste dienen. In einem württembergischen Dorfe machte ein ganz Vorsichtiger den Zusatz, daß seine Eintragung ungültig sein sollte, falls er als Beamter dadurch gesetzwidrig gehandelt habe.

*

Die Kosten.

Berlin, 24. Nov. Das endgültige Ergebnis des Volksbegehrens wird in den nächsten Tagen vom Reichswahlamt festgestellt sein. Nachdem das Ergebnis bekannt sein wird, wird der Entwurf des „Freiheitsgesetzes" unverzüglich dem Reichstag unterbreitet werden. Im Reichsministerium des Innern sind alle Vorbereitungen für den auf den 22. Dezember anberaumten Volksentscheid getroffen. Die Kosten der ganzen Aktion setzen sich zusammen aus der je nach der Beteiligung schwankenden Summe für das Volksbegehren und der in jedem Falle im wesentlichen gleichbleibenden Summe für den Volksentscheid. Die bei den Reichs-, Landes- und Gemeindebehörden entstehenden Kosten, die baren Auslagen, werden in der Hauptsache vom Reich getragen. Das Reich erstattet den Ländern die bei den Landesbehörden und den Wahlleitern erwachsenen Kosten ganz und vergütet den Gemeinden durchschnittlich vier Fünftel ihrer Aufwendungen, ein Fünftel müssen die Gemeinden selber tragen. Die Beteiligung der Gemeinden an den Kosten findet ihre Berechtigung darin, daß es ja auch von den organisatorischen Maßnahmen der Gemeinden abhängt, wie hoch die Ausgaben sich stellen. Die Kosten (bare Auslagen) für das Volksbegehren zum „Freiheitsgesetz" sind auf rund 615 000 Mark zu schätzen, und zwar sind dabei für die vier zu vergütenden Fünftel der Aufwendungen der Gemeinden 460 000 eingesetzt, für die Aufwendungen der Landesbehörden, der Wahlleiter, des Reichsministeriums des Innern und des Reichswahlleiters 40 000 Mark und für das von den Gemeinden selber zu tragende eine Fünftel ihrer Aufwendungen 115 000 Mark. Die Kosten für den Volksentscheid zum „Freiheitsgesetz" sind auf 2,55 Millionen zu veranschlagen, die sich zusammensetzen aus 1.8 Millionen für den vom Reich zu tragenden Anteil der Gemeindeaufwendungen, aus 300 000 Mark für die Aufwendungen der Landesbehörden, der Wahlleiter und der Reichsbehörden und aus 450 000 Mark für den von den Gemeinden zu tragenden Anteil ihrer Ausgaben. Das Volksbegehren zur Fürstenenteignung hat 988 343 Mark gekostet (760 107 plus 38 209 plus 190 027 Mark). Die Kosten für den Volksentscheid zur Fürstenenteignung betrugen 2 397 134 Mark (1 694 461 plus 279 058 plus 423 615 Mark). Das Volksbegehren zum Panzerkreuzerverbot war entsprechend der niedrigeren Beteiligung billiger, es erforderte 580 554 Mark (441 005 plus 29 298 plus 110 251 Mark).

Das Rheinland wird in kurzer Zeit geräumt.

Die leeren Wintermonate fallen weg.

Paris, 23. Nov. Der „Matin" berichtet, daß Briand über den Zeitpunkt vom 30. Juni, zu dem die Räumung beendet sein solle, erklärt habe, die Räumungsfristen seien anfänglich auf acht Monate festgesetzt worden, weil man mit der Ratifizierung des Youngschen Plans durch Deutschland zu Anfang November gerechnet habe. Man habe daher die leeren Wintermonate November, Dezember und Januar berücksichtigt, während deren infolge der strengen Witterungsbedingungen große Truppenverschiebungen nicht vorgenommen werden könnten. Da die Ratifizierung jetzt nicht vor Februar erfolgen könne, brauche man keine drei leeren Wintermonate mehr einzuschalten. Die Räumung werde mithin in kürzerer Frist erfolgen, ja vielleicht ebenso rasch vollendet sein können, als wenn man bereits den Youngschen Plan ratifiziert hätte.

*

Das Abkommen mit der Botschafterkonferenz.

:: **Berlin**, 23. Nov. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, sind im Zusammenhang mit der rheinischen Eisenbahnfrage von deutscher amtlicher Seite Schritte unternommen worden, um die Zustimmung der französischen Regierung zur Veröffentlichung der in dieser Frage geschlossenen Abmachungen einzuholen. Man kann nur wünschen, daß eine Verständigung zwischen den beiden Regierungen über die möglichst baldige vollständige Veröffentlichung des Vertrags zustande kommt, damit endlich ein Urteil darüber möglich ist, in welchem Umfang das rheinische Eisenbahnnetz zurückgebaut wird und ob diese Abmachungen tatsächlich Bestimmungen enthalten, die als eine Dauerkontrolle des rheinischen Verkehrsnetzes ausgelegt werden könnten. Das Auswärtige Amt hat solche Besorgnisse wiederholt für unbegründet erklärt. Nach der Meinung des Auswärtigen Amtes nimmt die Botschafterkonferenz weder rechtlich noch tatsächlich die Befugnis in Anspruch, Deutschlands Freiheit zur wirtschaftlichen Entwicklung des Eisenbahnnetzes in der entmilitarisierten Zone zu beeinträchtigen. Wortlaut und Geist des Augustabkommens werden hoffentlich diese Meinung des Auswärtigen Amtes bestätigen.

*

Eine Zerstörungsfrist von neun Monaten.

Paris, 23. Nov. Nach übereinstimmenden Berichten der meisten französischen Blätter über die gestrige Sitzung des Auswärtigen Ausschusses der Kammer hat Briand zu der Fristsetzung für die Zerstörung der Eisenbahngeleise, Verladerampen usw. im Rheinland (nach dem übereinstimmenden Bericht mehrerer Zeitungen, übrigens auch an der deutschen Ostgrenze) neun Monate genannt, nicht bis zum Beginn der Zerstörungsarbeiten, sondern zur vollständigen Durchführung, wovon bereits drei Monate abgelaufen sind und noch sechs Monate übrigbleiben. Die Frist hat offenbar zu laufen begonnen sofort nach Abschluß der im Juli und Anfang August hier in Paris darüber geführten Verhandlungen.

d sah er selbst ein, daß nach dem Sieg Frankreichs anderer Wind wehte. Die Zurückberufung Caillaux' für ihn ein schwerer Schlag, er trat von der poschen Bühne ab und ist nur noch einmal an die ffentlichkeit getreten, als er wegen der französischerikanischen Schulden einen fast unbeachteten, vielsogar als lächerlich bezeichneten Brief an den erikanischen Präsidenten Coolidge schrieb, der denn h nicht den geringsten Erfolg hatte.

Still, fern von Menschen und feindlich jeder Po, verlebte er die letzten Jahre, an seinen Meiren arbeitend, in seinem finstern Pariser Hause r in seiner Heimat, der Vendée. Selten ging er s und empfing außer seinem Altersgenossen, dem aler Claude Monet, kaum jemand. Seine Denkrdigkeiten sollen erst nach seinem Tode erscheinen. in Dahinscheiden reißt keine Lücke mehr in das nzösische politische Leben, das Zeitalter Clemenus ist dahin. Sein eiserner Wille war gebrochen; elang hat er noch mit dem Schnitter Tod gen, schließlich aber mußte auch der „Tiger" ihm nen Tribut zollen.

*

Tardieu im Sterbehause.

— **Paris,** 24. Nov. Am Sterbelager Clemenceaus ren die Mitglieder seiner Familie versammelt, die n Ministerpräsidenten Tardieu die Trauerbotschaft rmittelten. Dieser fuhr sofort nach dem Sterbehause. im Verlassen des Hauses erklärte Tardieu, es rde gemäß dem letzten Willen des Verstorbenen keine fizielle Trauerfeier stattfinden und keine tionale Beisetzung erfolgen. Heute vormittag rd das Testament Clemenceaus geöffnet, und werden alsdann die Vorkehrungen für seine Ueberung nach der Vendée, seiner Heimat, getroffen werden, wo er an der Seite seines Vaters beigesetzt wird.

*

Die ersten Nachrufe.

:: **Paris,** 24. Nov. Obgleich der Zustand Clemenceaus den Nachmittagsstunden des Samstag als stationär zeichnet wurde, rechnete man hier so bestimmt mit nem Tode, daß die Abendpresse dem ehemaligen Miterpräsidenten schon ihre Nachrufe widmete. Die iberté" bringt einen ausführlichen Lebenslauf. ainville nennt Clemenceau den einzigen Staatsnn der drei Republiken, dessen Leben wert sei, erzählt werden. Seine bewegte Karriere, seine Systemsigkeit und die Fülle von Widersprüchen in nen Handlungen hätten niemals ein so ruhmreiches bensende voraussehen lassen. Er sein derjenige, dessen rsönlichkeit in den Jahre 1914 bis 1918 die meiste Betung geschenkt worden sei. Er sein ein Anarchist wesen, der zum Mann der Ordnung wurde, ein Antiilitarist, der Krieg führte. — Die heutige Morgensse feiert Clemenceau in der Hauptsache als den Miterpräsidenten, unter dessen Regierung der Krieg zu nde geführt wurde. Sie feiert ihn als „Vater des ieges", als Parlamentarier und als Journalisten. n seiner politischen Vergangenheit hebt sie sbesondere seinen Kampf gegen die Boulangisten d seine Kämpfe für Dreyfus hervor. Nur wenige ätter erwähnen die Zeit, die ihn zwang, sich aus dem entlichen politischen Leben zurückzuziehen. Was ne Tätigkeit nach dem Kriege betrifft, so sagt der rakale „Quotidien": Dieser Vater des Sieges war in Diplomat des Friedens. Die Anpassung eses großen Politikers an eine neue Welt war nicht nschenmöglich und sie hat sich nicht vollzogen. „Matin" hrt aus: In den Tagen des Krieges gereichte es dem aterlande zum Heil, daß Clemenceau am Ruder war. den Tagen des Friedensvertrages aber erforderte das ohl des Vaterlandes, daß man nicht einem Manne lein die Verantwortung für die Unterschriften anvertraute. „Figaro" schreibt unter Hinweis auf die Ergnisse nach Austausch der Ratifikationsurkunden: „Clemenceau war weniger ein Mensch des Verhandelns, als s Handelns. Was er in den Stunden der Gefahr r Autorität und Starrköpfigkeit war, erschien ch dem Waffenstillstand als Autoritarismus und eichtfertigkeit."

Die Auflösung der preußischen Fideikommisse.

:: **Berlin,** 23. Nov. Der Rechtsausschuß des Preuschen Landtages setzte am Sonnabend vormittag die orberatung zur Novelle zum Fideikommißgesetz fort.

Präsident Kläßel wies darauf hin, die Novelle seitige die Beschränkung der Belastung der Waldüter sowie die Genehmigung zur Zwangsvereigerung im Ganzen. Bei den Schutzforsten und aldgütern finde, wie früher, eine Kontrolle statt, m die im öffentlichen Interesse erforderliche zweckmäßige ewirtschaftung zu sichern.

Abg. Dermitzel (Dn.) befürchtete als Folge dieser estimmungen eine Zerschlagung des Privatesitzes und eine Latifundienbildung durch die Großnken.

Abg. Schmelzer (VB.) begrüßte die Zubilligung des Anerbenrechts bei der Bildung von aldgütern und erklärte, mit der Annahme der Novelle ürfe die Gefahr der Sozialisierung für den gesamten rivatwald.

Die Regierung führte statistische Belege dafür an, aß die Erträge am stärksten seien beim Staatswald.

Abg. Schmelzer (Z.) hob hervor, daß der Privatald ja nur noch die schlechteren Böden besitze.

Abg. Graf Garnier (Dn.) betonte, für eine einheitliche Forstschutzgesetzgebung mit Forstgerichten sei seine raktion zu haben, dagegen nicht für die zu engen Fesseln es vorliegenden Entwurfes.

Abg. Hestermann (W.P.) erklärte, die Waldschutzestimmungen sähen allzu sehr nach Zwangswirtchaft aus. Die Staatsaufsicht erfordere einen zu euren Apparat und hemme die Eigentümer.

Abg. Kriege (D.Vpt.) brachte erneut Bedenken egen der Verfassungsmäßigkeit der Bestimungen vor.

Der Vorsitzende Abg. Eichhoff (DVpt.) regte bei er Staatsregierung an, bis zum 5. Dezember eine Erlärung darüber abzugeben, ob etwa folgende Regelung nnehmbar sei: „Auf Antrag des Eigentümers eines Waldgutes oder Schutzforstes muß die Waldgut- oder Schutzforsteigenschaft aufgehoben werden, sobald die erorderliche Grundlage für den im öffentlichen Interesse iegenden Waldschutz durch Inkrafttreten eines Forstultur- oder Aufforstungsgesetzes geschaffen ist." Bejahe die Regierung diese Anregung, so würden die Waldschutzbestimmungen grundsätzlich angenommen werden önnen, und es würde später lediglich in der Hand des Eigentümers liegen, welchen Beschränkungen er sein Eigentum unterwerfen wolle.

Der Ausschuß vertagte die Weiterberatung bis zum . Dezember. Bis dahin wird die Regierung sich über die Anregung schlüssig gemacht haben.

Am Montag wird der Rechtsausschuß Eingaben behandeln.

Um die Erweiterung der württembergischen Regierung.

→ **Stuttgart,** 23. Nov. Zu der Meldung der sozialdemokratischen „Schwäbischen Tagwacht" über den Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung wird von der Leitung der Deutschen Volkspartei mitgeteilt, daß der geschäftsführende Ausschuß in seiner Sitzung vom 20. November lediglich beschlossen hat, der Partei einen Eintritt in die Regierung nur zu empfehlen, wenn eine Reihe von maßgebenden Sicherungen personeller und sachlicher Art eindeutig gewährt werden können. Dabei wurde einmütig gefordert, die Verhandlungen möchten auf der Grundlage eines gemeinsamen Vorgehens beider liberaler Parteien erfolgen.

Major a. D. Pabst und die Erschießung Liebknechts.

)!(**Berlin,** 24. Nov. Dem „Tageblatt" zufolge ist bei der Staatsanwaltschaft des Berliner Landgerichts II eine Strafanzeige gegen den Major a. D. Waldemar Pabst wegen Anstiftung zur Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs eingegangen. Die Anzeige stützt sich insbesondere auf das Beweisergebnis in der Strafsache wegen Beleidigung des Rechtsanwalts Jorns durch Redakteur Bornstein und weist darauf hin, daß, wie insbesondere durch die Zeugen Jorns und Liebmann festgestellt sei, Pabst den Auftrag zur Ermordung der führenden Kommunisten gegeben habe. Die Anzeige weist noch darauf hin, daß sich Pabst unter dem Namen eines Kaufmanns Walter Peters aus Hamburg die österreichische Staatsangehörigkeit erschlichen habe.

Die Verfassungsreform in Oesterreich.

Wien, 23. Nov. Die „Neue Freie Presse" meldet, Bei den Verhandlungen, die Bundeskanzler Schober heute bis in die späten Abendstunden geführt hat, ist es gelungen, in den im Unterausschuß des Verfassungsausschusses offen gelassenen Fragen eine weitgehende Annäherung zu erzielen und ein Kompromiß in der Frage der Verfassungsreform sicherzustellen. Die Frage der Stadt Wien wird in der Weise gelöst, daß Wien unmittelbare Bundeshauptstadt wird, jedoch den Ländern gleichsteht. Auch in den finanziellen Fragen wurde eine Einigung erzielt, das Notverordnungsrecht des Bundespräsidenten wird eine Formulierung erhalten, die ausreichende Garantie gewährt gegen jeden Mißbrauch.

Beschlüsse der sozialdemokratischen Reichskonferenz.

)(**Wien,** 24. Nov. Die sozialdemokratische Reichskonferenz, zu der 400 Vertrauensleute der Partei erschienen waren, nahm einstimmig einen Beschluß an, wonach der Bericht des Abgeordneten Danneberg über seine Verhandlungen mit Bundeskanzler Schober zur Kenntnis genommen und der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten ermächtigt wird, nur unter der Bedingung für die Verfassungsreformvorlagen zu stimmen, daß der Inhalt der Vorlagen innerhalb der im Referat Danneberg und der in der Debatte gezogenen Grenzen bleibt. Ferner wurde ein Antrag angenommen, in dem es u. a. heißt, Wien müsse, solange Oesterreich eine förderative Republik mit selbständigen Gliedstaaten sei, mit allen anderen Ländern vollständig gleichgestellt bleiben.

Ein Kiegesbericht der Roten Armee.

Kowno, 22. Nov. Wie aus Moskau gemeldet wird, veröffentlicht die russische Telegraphen-Agentur einen amtlichen Bericht über die letzten Ereignisse an der russisch-chinesischen Grenze. Danach hätte in den ersten Novembertagen die Beschießung russischer Grenztruppen und der friedlichen Bevölkerung im verstärkten Maße zugenommen. Die Angriffe der Chinesen und der „Weißen" hätten sich ständig wiederholt, sodaß einige russische Grenzorte hätten geräumt werden und die russischen Truppen zu einem Gegenangriff schreiten müssen. Am 17. November sei dann der Befehl zu einem Vormarsch erteilt worden, in dessen Verlauf die feindlichen Truppen über die Grenze hinaus verfolgt und über 8000 Soldaten und 300 Offiziere entwaffnet worden seien. Dabei hätten die russischen Truppen über 10 000 Gewehre, eine erhebliche Anzahl von Geschützen, eine größere Menge Munition und sonstiges Kriegsmaterial erbeutet.

Neue Todesurteile in der Sowjetunion.

• **Moskau,** 24. Nov. Die Telegraphenagentur der Sowjetunion meldet: Nach zweiwöchiger Prozeßverhandlung gegen 42 Teilnehmer der monarchistischen gegenrevolutionären Organisation, die ihr Treiben unter dem Deckmantel der religiösen Sekte der „Wahrhaftrechten Kreuzträgerchristen" entfaltete und terroristische Taten und Brandstiftungen verübte, hat das Gericht in Woronesch 16 Führer dieser Organisation, mit Dimitri Parchomenko, ehemaliger Kommandeur eines weißgardistischen Regiments, an der Spitze zum Tode verurteilt. 23 Angeklagte wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt, drei wurden freigesprochen.

Antipolnische Demonstrationen in der Sowjetukraine.

() **Moskau,** 24. Nov. Gestern fand in Charkow vor dem von verstärktem Militär bewachten Gebäude des polnischen Konsulats eine große Protestkundgebung der Studentenschaft und der Professoren gegen den Ueberfall auf das Sowjetkonsulat in Lemberg statt. Auch in Kiew und Odessa und den anderen Städten der Ukraine fanden ähnliche Demonstrationen statt. Die Ordnung wurde nirgends gestört.

Kleine politische Nachrichten.

Glückwünsche des Reichskanzlers an den Reichspressechef.

() **Berlin,** 24. Nov. Reichskanzler Müller, hat dem Reichspressechef, Ministerialdirektor Dr. Zechlin, in einem besonders herzlich gehaltenen Schreiben seine Glückwünsche zur Vollendung des 50. Lebensjahres ausgesprochen und gleichzeitig Blumen übersandt; desgleichen hat der Staatssekretär in der Reichskanzlei, Dr. Pünder, dem Ministerialdirektor auch im Namen der Reichskanzlei Glückwünsche übermittelt.

Die Besprechungen zur Regierungsbildung in Prag.

× **Prag,** 23. Nov. Vom Sekretariat der Deutschen Sozialdemokratischen Partei wird mitgeteilt: „Auf Einladung des Ministerpräsidenten Udrzal fand sich heute nachmittag der Vorsitzende der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Abgeordneter Dr. Czech im Ministerpräsidium ein. Der Ministerpräsident berichtete über die von ihm in Aussicht genommene Konzentrationsregierung, in der der Deutschen Sozialdemokratie ein Minister ohne Portefeuille vorbehalten war. Das Angebot des Ministerpräsidenten wurde von Dr. Czech abgelehnt. Der Ministerpräsident erklärte hierauf, daß diese Kombination somit erledigt sei. Die Stellungnahme der Deutschen Sozialdemokratie teilt auch die Tschechische Sozialdemokratische Partei."

Der Parteitag der Bayrischen Volkspartei

Zentrum und Bayrische Volkspartei.

O **München,** 23. Nov. Im Hotel Union begann am Sonnabend nachmittag der Parteitag der Bayerischen Volkspartei. Der Führer der Partei, Abgeordneter Schäffer, sprach hierbei über das Thema „Großdeutscher Gedanke und Föderalismus". Als Korreferent war das Mitglied des österreichischen Nationalrates, Dr. Kurt Schuschnigg-Innsbruck aufgestellt.

Die Ausführungen der beiden Redner gipfelten in einer einstimmig angenommenen Entschließung, in der sich die Bayerische Volkspartei zum großdeutschen Gedanken bekennt und der Zuversicht Ausdruck gibt, daß die Gewaltdiktate der Feinde seine Erfüllung nicht aufhalten werden. Wenn in dieser Erkenntnis das deutsche Volk eine Politik des inneren Verstehens und innerer Achtung und eine Politik, aufgebaut auf dem Heimatgedanken, treibe, so sei kundgetan, daß innerlich der großdeutsche Gedanke nur erfüllt werden könne auf der geistigen Grundlage des Föderalismus, und nur wenn durch dieses Denken das Deutsche Reich als Bundesstaat erhalten bleibe, sei die Möglichkeit gegeben, dem Heimatgedanken des österreichischen Volkes, seinem Stolz auf seine geschichtlichen und kulturellen Leistungen im Rahmen eines großdeutschen Reiches Rechnung zu tragen. Jede andere Politik gefährde die Möglichkeit für eine großdeutsche Zukunft.

In der Aussprache wandte sich

Ministerpräsident Dr. Held

den aufgeworfenen Problemen zu. In einem Blick auf die allgemeine politische Lage stellte der Ministerpräsident zwei Zeiterscheinungen als besonders verhängnisvoll heraus, nämlich die Ersetzung des Rechts durch Gewalt und Gewalttätigkeit und die frivole Außerachtlassung des Prinzips der Wahrhaftigkeit im politischen Leben. Der Ministerpräsident wandte sich dann dagegen, daß man den Kampf um die Reichsreform in einem Augenblick aufgerollt habe, wo wir ganz andere Dinge viel notwendiger zu tun hätten. Er erklärte: Will man denn die Zwangslage des deutschen Volkes dazu ausnutzen, besondere Ziele zu erreichen, die man sich sonst nicht zu erreichen traut? (Stürmischer Beifall). Auch wir sind der Ueberzeugung, daß

die Weimarer Verfassung verbesserungsbedürftig

ist und wir haben dementsprechend eine Reihe von Vorschlägen gemacht. Was aber der Gegenstand der Reichsreform ist, hat einen ganz anderen Ausgangspunkt und ganz andere Ziele. Ist man sich darüber klar, klar bei allen Deutschen, daß es eine unglaubliche Illoyalität gegen diejenigen darstellt, die 1919 für die Weimarer Verfassung gestimmt haben, wenn man ihnen jetzt nachträglich zumutet und zwar unter Zwang zumutet, die Grundfesten dieser Verfassung umzustürzen ohne Rücksicht auf die Auffassungen, die beim Zustandekommen maßgebend gewesen waren? Solange Bayern und die übrigen Staaten sich selbst treu bleiben, solange wird uns nichts passieren. Ein sehr wirksames Mittel gegen die Aushöhlung der Länder wäre die Einigkeit der Länder untereinander. Nach Beendigung seiner Rede brachte der Parteitag dem Ministerpräsidenten Dr. Held, dessen Ausführungen wiederholt von stürmischem Beifall unterbrochen worden waren, unter erneuten Beifallskundgebungen, insbesondere auch für sein Eintreten für Bayerns Rechte auf der Länderkonferenz ein Treugelöbnis dar.

Eine politische Sensation brachte die Rede des Vertreters der preußischen Zentrumsfraktion, des

Landtagsabgeordneten Heß,

der ausdrücklich betonte, er könne dafür einstehen, daß hinter dem, was er zu sagen habe, jedes Mitglied seiner Fraktion stehe.

Eine Wiedervereinigung

der Bayerischen Volkspartei und der Zentrumspartei liege in der Luft. Es sei das Recht der Bayerischen Volkspartei, wenn sie darauf dringe, daß gewisse grundlegende Fragen vorher geregelt werden. Die wichtigste Voraussetzung bestehe darin, daß die Deutsche Zentrumspartei in ihrer Gesamtheit der Frage „Länder und Reich" gegenüber einen Standpunkt einnehme, der für Bayern und die Bayerische Volkspartei tragbar sei. Das, was in Berlin von amtlicher Seite über

das Ergebnis der letzten Unterausschußsitzung der Länderkonferenz

berichtet worden sei, habe überhaupt kein Bild von dem Verlauf der Tagung gegeben. Man habe einen ganz falschen Eindruck über die württembergische Stellungnahme bekommen. Es wäre auch unverständlich gewesen, wenn der württembergische Staatspräsident den Beschlüssen zugestimmt hätte, daß dieses sich als Land selbst aufgebe, wenn man den Entschlüssen des Unterausschusses zustimmen würde. Die süddeutschen Länder müßten zunächst dafür sorgen, daß sie unter sich selbst vollkommen einig seien. Abgeordneter Heß wandte sich vom föderalistischen Standpunkt aus

gegen eine Zerschlagung Preußens.

Sei es einmal so weit, dann sei der Boden unter den Füßen der alten Länder endgültig ausgehöhlt. Die süddeutschen Länder müßten deshalb ein Interesse daran haben, daß ein solcher Versuch mit Preußen nicht gemacht werde. Wenn man in diesem Zusammenhang von der Anschlußfrage sprechen wolle, so müsse man sich klar darüber sein, daß sie nur im Rahmen eines föderalistischen Reiches gelöst werden könne oder überhaupt nicht. Oesterreich werde keine Lust haben, eine Zweigstelle von Berlin zu werden.

Zentralismus und Anschlußbegeisterung

seien nicht mit gemeinsamem Maße vergleichbare Größen. Wenn man die „Kölnische Volkszeitung" und die „Germania" lese, so könnte man der Meinung sein, daß diese seine Auffassungen nicht die Meinung der maßgebenden Instanzen der Deutschen Zentrumspartei seien. „Ich habe", so fuhr der Redner fort, „einen großen Respekt vor der

Selbständigkeit der Presse.

Soweit darf ihre Selbständigkeit aber nicht gehen, daß sie die von den maßgebenden Instanzen der deutschen Zentrumspartei genehmigten Richtlinien in ihrer Haltung zur Frage Länder und Reich einfach nicht beachtet. Die Ausrede, daß es sich hier nur um Richtlinien, nicht aber um einen bindenden Parteiwillen handle, könne nicht hingenommen werden. Hier, wo es sich um eine lebenswichtige Frage handele, müsse sich die gesamte deutsche Zentrumspresse darüber klar sein, daß sie

Sonderstandpunkte nicht vertreten darf.

Wenn Sie mich fragen, wie Dr. Horion einen Standpunkt einnehmen kann, wie er ihn auf der Länderkonferenz eingenommen hat, so kann ich nur sagen: Wir haben uns Herrn Dr. Horion nicht ausgesucht. Sie können mich fragen, wie die Preußische Zentrumsfraktion dazu steht, daß der preußische Ministerialdirektor Dr. Brecht diesen Standpunkt vertritt. Würden Sie mich wirklich fragen, so würden Sie mich in Verlegenheit bringen. Auf jeden Fall hat Herr Dr. Brecht mit seinen Auffassungen, die er auf der Länderkonferenz vertritt, nicht die Mehrheit des preußischen Landtages hinter sich. Es wird sich bald Gelegenheit bieten, zu zeigen, daß es so ist. Die Frage Zentrum und Bayerische Volkspartei muß auch aus anderen Gründen zu einer befriedigenden Lösung gebracht werden.

Die gemeinsamen kulturellen Aufgaben der beiden Parteien

drängen darzu. Die beiden Parteien tun gut daran, sich zu erinnern, daß sie in erster Linie Weltanschauungsparteien sind. Die Deutsche Zentrumspartei ist entweder eine Weltanschauungspartei oder sie hat in Deutschland keinen Sinn mehr".

Die Ausführungen des Vertreters der Preußischen Zentrumsfraktion wurden von dem Parteitag der Bayerischen Volkspartei mit großem Beifall aufgenommen.

Ostland-Tagung des Augustinus-Vereins in Breslau.

Breslau, 23. Nov. Am Sonnabend nachmittag eröffnete der Augustinus-Verein seine Hauptversammlung, zu der er in diesem Jahre nach Breslau gekommen ist, mit einer geschlossenen Versammlung, in der Generalsekretär Weber-Düsseldorf vor den Vertretern der schlesischen Behörden und Stände und den leitenden Vertretern der katholischen Zeitungen in Deutschland u. a. folgendes ausführte: Wenn wir heute nach langer Zeit einmal wieder eine Tagung des Augustinus-Vereins in Breslau halten und wenn in dieser Versammlung die Mitglieder unseres Vereins aus dem ganzen Reich sich recht zahlreich eingefunden haben, so mögen unsere schlesischen Freunde erneut daraus den Beweis ersehen, daß wir Schlesien nicht vergessen haben und unsere innere Verbundenheit und den Willen zur Zusammenfassung aller Kräfte zu gemeinsamer Arbeit erkennen. Den stärksten Antrieb zu dieser Arbeit in der Durchdringung des öffentlichen Lebens mit unseren christlichen Grundsätzen, finden wir in dem glücklichen Ausgang der badischen Wahlen und dem glücklichen Ausgang der Kommunalwahlen und der Provinziallandtagswahlen in Preußen. Es ist gewiß keine Ueberhebung, wenn wir aussprechen, daß ein großer Teil dieser Erfolge dem tatkräftigen Eingreifen der Zentrumspresse zu danken ist. Diese Früchte sind fürwahr unserer Partei nicht von ungefähr in den Schoß gefallen, sie sind vielmehr das Ergebnis zielklarer fortdauernder Arbeit. Eine ernstere Betrachtung dessen, was der katholischen deutschen Presse in der Gegenwart nottue, führe von selbst dazu, die vorliegenden Gesichtspunkte in den Vordergrund zu rücken. Die Lage der katholischen Presse sei zurzeit eine äußerst schwierige. Aber mit den wachsenden Schwierigkeiten sei auch der gemeinsame Wille der Verleger und Redakteure gewachsen, diese turmhohen Schwierigkeiten zu meistern. Eines der erfolgverbürgenden Mittel heiße: Zusammenschluß! Auf diesem Gebiete sei auch im Schlesierland schon vorbildliche Arbeit geleistet worden. Mit dem inneren Ausbau der Organisation gehe die Sorge für die Geltung nach außen hin Hand in Hand. Erfreulich sei die Feststellung, daß das Wirken im katholischen Deutschland und weit darüber hinaus steigende Beachtung finde. Der Zukunftsweg sei dem Augustinus-Verein vorgezeichnet. Er werde alles tun, die geschlossene Einheit des Katholizismus auch nach der politischen Seite wiederherzustellen. Er werde alles tun, der katholischen Presse die Geltung zu schaffen, auf die sie berechtigten Anspruch habe.

Das Siegelsdorfer Eisenbahnunglück vor Gericht.

Fürth, 23. Nov. Nach der Eröffnung des 14. Verhandlungstages übergab Stuhlfat dem Gericht zwei von ihm verfertigte Pläne, von denen einer auf Grund eines amtlichen Planes des Technischen Bauamtes Fürth hergestellt war. Professor Halter gab seiner Verwunderung Ausdruck, daß dieser amtliche Plan, aus dem die Gleisanlage vor dem Unglück hervorgehen soll, dem Gericht und den Sachverständigen nicht vorgelegt worden sei. Er verwahrte sich gegen diese Art der Prozeßtaktik und erklärte, daß er die Verwirrungen, die man dauernd in den Prozeß hineinzutragen beabsichtige, nun satt habe. Stuhlfat erklärte dann, daß er auf Grund der am letzten Donnerstag gemachten Aussagen des Zeugen Rupp nunmehr eine persönliche Besichtigung der Siegelsdorfer Ziegelei vorgenommen habe und dabei festgestellt habe, daß die Entgleisungsstelle schon bei Kilometer 9780 bei Weiche 15 gelegen sein müsse, also ungefähr 170 Meter vor der seither von der Staatsanwaltschaft angenommenen Entgleisungsstelle. Stuhlfat bat das Gericht, seine Beobachtungen noch durch einen Sachverständigen nachprüfen zu lassen. Der praktische Arzt Dr. Fürst aus Burgpfarrnbach, der gegen 3 Uhr früh nach der Katastrophe an die Unglücksstelle gerufen wurde, bekundete, etwa gegen 9 Uhr vormittags auf dem Gang nach der Station Siegeldorf Schwelleneindrücke und Schraubenbeschädigungen in der Nähe von Weiche 15 beobachtet zu haben, während bekanntlich die Staatsanwaltschaft den Beginn dieser Beschädigungen erst unmittelbar vor der Weiche 15 festgestellt hat. Der Zeuge will seinerzeit auch zu seinem Begleiter gesagt haben, daß nach seinen Beobachtungen der Zug schon bei Weiche 15 entgleist sein müsse. Vizepräsident Senst gab in erregten Worten seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß Stuhlfat, der mit dem Zeugen Dr. Fürst darüber doch schon wiederholt gesprochen habe, diese Wahrnehmungen nicht schon längst vorher dem Gericht mitgeteilt habe.

Vermischte Nachrichten.

Ein Lohngeldräuber auf der Seilbahn.

× **Blankenburg** a. Harz, 23. Nov. Aus einer verschlossenen Lore der Werksseilbahn der Braunschweiger Harz-Kalkwerke wurden 7500 Mark Lohngelder gestohlen. Der Dieb muß während der Fahrt des Wagens von Hüttenrode nach Kaltetal, die 42 Minuten dauert, aus einer Reparaturstelle an der Strecke auf die Lore gesprungen sein, dann den Eisenblechdeckel des Wagens erbrochen und das Geld entwendet haben. Auf der nächsten Reparaturstelle ist er wohl wieder abgesprungen und mit dem Raub geflüchtet.

Große Kälte in den Vereinigten Staaten.

× **London,** 23. Nov. In verschiedenen Teilen der Vereinigten Staaten ist plötzlich eine scharfe Kältewelle aufgetreten. Bisher sind insgesamt 20 Todesfälle zu verzeichnen. Im Südwesten und namentlich in Pensylvanien ist die Kältewelle außerordentlich stark. Alle Staaten vom Osten nach den Rockys sind ziemlich schwer betroffen worden.

Howard Carter sucht das Grab Alexanders des Großen.

() **London,** 23. Nov. Wie „Daily Expreß" aus Kairo meldet, wird Howard Carter nach der Durchforschung des Grabes Tutankamens Ausgrabungen unternehmen, um das Grab Alexander des Großen aufzufinden, der nach Berichten alter Geschichtsschreiber in Alexandrien in einem Sarg aus reinem Golde bestattet sein soll.

Professor Finke-Freiburg zum Ehrendoktor der Universität Salamanca vorgeschlagen.

Madrid, 23. Nov. Der Professor an der Universität Freiburg Dr. Heinrich Finke wurde von der juristischen Fakultät der Universität Salamanca dem Rektor als nächster Ehrendoktor in Vorschlag gebracht.

Anschlag auf den Staatsanwalt in Palästina.

() **Jerusalem,** 24. Nov. Der Staatsanwalt bei der Mandatsverwaltung Bentwich, ist durch einen Schuß am Bein verwundet worden. Er mußte in ein Krankenhaus gebracht werden. Der Täter wurde verhaftet.

Selbstmord eines amerikanischen Börsenmaklers.

× **St. Louis,** 23. Nov. John F. Betts, ein hiesiger Makler und Mitglied der Effekten-Börse von Newyork und St. Louis, hat sich in seiner Wohnung vergiftet. Er soll Börsenverluste von über 400 000 Dollars erlitten haben.

Turnen - Spiel - Sport.

Kampfspiel-Sitzung des DRA.

Berlin, 23. November.

Im Reichsministerium des Innern fand am Sonnabend nachmittag im Anschluß an die Vorstandsitzung des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen unter dem Vorsitz von Staatsminister a. D. Dominicus eine Sitzung des Kampfspiel-Ausschusses statt. Dabei wurde die Ausschreibung nochmals eingehend überprüft und neben einigen berichtigenden Aenderungen auch das Fußballspiel vom Sonnabend auf den Schlußtag, am Sonntag, verlegt. Dadurch mußte die leichtathletischen und sonstigen sportlichen Wettbewerbe auf den Freitag vorverlegt werden. Die Deutschen Kampfspiele 1930 finden bekanntlich in der Zeit vom 26. bis 29 Juni 1930 in Breslau statt. Aus dem Bericht über die Vorarbeiten zu den Spielen, den Dr. Zerbe (Breslau) gab, ist zu entnehmen, daß die Unterausschüsse ihre Arbeiten bereits aufgenommen und auch gut gefördert haben.

Ueber die Organisation der Winterkampfspiele sprach Ganzenmüller (München), dessen Ausführungen von den Vertretern der Stadt Krummhübel ergänzt wurden. Die Winterkampfspiele gelangen vom 11. bis 19 Januar in Krummhübel zur Durchführung. Besonders begrüßt wurden die Vertreter von Deutsch-Oesterreich und der Sudetendeutschen. — Von den Teilnehmern der Sitzung konnte auch der Entwurf des Professor Gysen (Breslau) der Kampfspiel-Plakette besichtigt werden. Die Plakette zeigt auf der Vorderseite um den Reichsadler gruppierte sportliche Darstellungen und auf der Rückseite neben der Inschrift die Wappen von Breslau und Krummhübel.

Die

Mitgliederversammlung des DRA.,

die anschließend stattfand, war von allen Verbänden und Ortsausschüssen aus dem ganzen Reiche außerordentlich zahlreich bejucht. Vorsitzender Dr. Lewald gab einen allgemeinen Ueberblick über die Geschäftslage und betonte vor allem die Schwierigkeiten in der Entwicklung des DRA., die durch die mangelnde finanzielle Unterstützung seitens der Behörden entstanden sind. Er fordert nachdrücklich, daß Reich und Länder ihre Ausgaben für den Sport und die Leibesübungen erhöhen müssen. Dann gab Lewald einen kurzen Bericht über seine Amerikareise Generalsekretär Dr. Diem wird noch vor Weihnachten ein Buch über die gesammelten Erfahrungen in Amerika herausgeben. Dr. Diem hatte dann Gelegenheit, über

die japanischen Sportverhältnisse

zu referieren. Japan, das erst 1866 dem internationalen Verkehr erschlossen wurde, führte die Leibesübungen im europäischen Sinne erst im Jahre 1912 ein. Trotzdem mußte Diem feststellen, daß in Japan bereits die tägliche Turnstunde und die Pflicht der allgemeinen Körperbildung in den Schulen eingeführt ist. Ein Musterbeispiel für Deutschland, das in diesen Punkten immer noch rückständig ist Der Länderkampf selbst zeigte uns aber auch, wie gewaltig die Fortschritte der Japaner auf sportlichem Gebiete sind. Dabei kennt man in Japan keine Vereine, sondern der Sport wird nur in den Universitäten und höheren Schulen getrieben.

Selbst in China

mußte festgestellt werden, wie die Leibesübungen sich dort weiterentwickelt haben Die Universität Mukden besitzt ein vorbildliches Stadion, das außer dem Hauptkampfplatz noch Tennisplätze, Schwimmbecken und große Turnhallen aufweist.

Auf der Hinreise hatte Diem noch Gelegenheit, auch

die russischen Sportverhältnisse

in Moskau näher kennen zu lernen. Rußland, das vor dem Kriege als Sportland kaum in Betracht kam, hat sich unter den Sowjets in ungeahnter Weise entwickelt. Neben der regelmäßigen Ausbildung von Turn- und Sportlehrern gibt es in Rußland in verschiedenen großen Städten bereits moderne Stadien mit den vollkommensten hygienischen Einrichtungen. Auch dort ist das Vereinsleben noch recht wenig ausgeprägt, doch wird in dieser Beziehung viel von den Sowjets getan, sodaß heute bereits über 6,5 Millionen Mitglieder in Vereinen organisiert sind Alle drei Länder haben mit Amerika gemein, daß der Sport starken militärischen Einschlag hat.

Der letzte Punkt der Tagesordnung befaßte sich mit der vielumstrittenen

Amateurfrage,

die auf dem Olympischen Kongreß 1930 in Berlin ihre endgültige Regelung erfahren soll Die verschiedenen Auffassungen der Verbände und vor allem die internationalen Verknüpfungen zeigen deutlich, daß es unmöglich ist, zu einem einheitlichen Grundbegriff zu kommen. Es wurde ein besonderer Ausschuß eingesetzt, der Anfang Dezember bereits zusammentreten soll und dort diese Frage noch einmal eingehend durchprüfen und seine Vorschläge dann der nächsten Versammlung des DRA unterbreiten soll.

Sitzung des Deutschen Olympischen Ausschusses.

Berlin, 24. November.

Der Deutsche Olympia-Ausschuß hielt am Sonntag vormittag im Berliner Sportforum eine Sitzung ab, die sich mit vorbereitenden Fragen und Arbeiten für den Olympia-Kongreß 1930 in Berlin befaßte. Dieser Kongreß, den eine Sitzung des Exekutiv-Ausschusses der IOC und eine Sitzung der Internationalen Olympischen Kommission selbst vorausgingen, findet in der Zeit vom 25. bis 30. Mai 1930 in Berlin statt. Man rechnet mit 140 bis 150 Kongreßteilnehmern zu denen noch eine große Zahl von in- und ausländischen Gästen bei den vorgesehenen Rahmenveranstaltungen kommen wird. Der Deutsche Reichsausschuß gibt eine dreisprachige Festschrift heraus, die einen umfassenden Ueberblick über die Entwicklung des deutschen Sportes unter besonderer Berücksichtigung des Uebungsstättebaues in Deutschland geben soll; ebenso wird der Pressedienst des DRA in drei Sprachen gehalten

Die Stadtverwaltungen von Köln, Frankfurt, Nürnberg und Dresden haben bereits Einladungen für die Kongreßteilnehmer übermittelt

und diese im Anschluß an die Berliner Tagung zu einer Besichtigung ihrer Uebungsstätten und sonstigen hygienischen Einrichtungen eingeladen. Das Rahmenprogramm des Kongresses bietet den Teilnehmern weniger sportliche Kämpfe. Das Bestreben geht vielmehr dahin, sportliche Einrichtungen zu zeigen und Veranstaltungen zu bieten, die durch ihre besondere Art einen wertvollen Einblick in die deutschen Sportverhältnisse bieten. Das [illegible] Programm des Olympia-Kongresses sieht für [illegible] die Eröffnungssitzung vor. Am 26. Mai wird [illegible] Programm der Olympischen Spiele 1932 in [illegible] festgesetzt Der 27 Mai bringt eine aus[illegible]ung über die Amateurfrage, wogegen der 28. und 29. Mai für Kommissionsberatungen freigelassen worden sind.

Kampf dem nassen Tod!

Arbeitstagung des Landesverbandes Westfalen—Lippe der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft in Recklinghausen

Recklinghausen, 24. November.

Der Vorsitzende des Landesverbandes Westfalen-Lippe, Löhr, Dortmund, hatte die Bezirksvertreter zur Arbeitstagung nach Recklinghausen gebeten, die auch in der Mehrzahl erschienen waren. Die Aussprache und die Tätigkeitsberichte des vergangenen Jahres ergaben, daß in der verflossenen Saison wirklich fruchtbringende Arbeit geleistet worden ist Besonders hervorzuheben sind die Bezirke Dortmund, Hagen, Hamm und Recklinghausen. In Dortmund wurden 4 Rettungskurse abgehalten, ein Abschlußkursus läuft noch. Als Leiter fungierten die Herren Löhr, Sandfort und Reuse, von 224 Teilnehmern, darunter 85 Damen, wurden von 37 die Bedingungen zum Grundschein und von 83 die Bedingungen zum Prüfungsschein erfüllt, den Lehrschein erwarb Herr Pottast, Castrop. Der Erfolg und die Durchführung dieser Kurse ist in erster Linie dem Leiter des städt. Jugendamtes in Dortmund, Herrn Stadtturnrat Frankenberg zu verdanken. Außerdem wurde ein Kursus an der Volkssportschule in Detmold mit gutem Erfolg abgehalten Dem Dortmunder Bezirk gehören 12 Vereine, bezw. Korporationen an und etwa 150 Einzelmitglieder. Eine nicht minder rührige Tätigkeit wurde im Bezirk Münster entfaltet, 27 Lehrscheine, 172 Prüfungsscheine und 492 Grundscheine konnten dort in den letzten Jahren ausgegeben werden. Die Aufgabe des Bezirks Hagen bestand in der Hauptsache in Verbindung mit dem Bezirk Dortmund darin, den Rettungswachdienst am Hengisteysee zu organisieren, Witten entledigte sich der gleichen Aufgabe an der Ruhr. Der Bezirk Recklinghausen konnte ebenfalls von fruchtbringender Tätigkeit im Herzen des Kohlenreviers berichten. Die Bezirke an den süd- und östlichen Grenzen Westfalens sind z. T. noch Neuland, anderseits ist die schwimmerische Ertüchtigung der Mitglieder noch nicht soweit fortgeschritten, um im Falle der Not beispringen zu können. Auch hier hat es sich der Landesverband, soweit es nicht schon geschehen ist, zur Aufgabe gemacht, durch Theorie und Praxis helfend einzugreifen. Kemmerer, Hagen dankte zum Schluß den Vorstand für seine tatkräftige Arbeit, desgl. dankte Herr Löhr allen Anwesenden für die treue Mitarbeit mit der Mahnung, nicht zu erlahmen und weiter zu arbeiten im Interesse der guten Sache zum Volkswohl im allgemeinen. Jeder Sportler ein Schwimmer, jeder Schwimmer ein Retter!

Hauptversammlung der Radfahrer-Union.

Hannover, 24. November.

Unter dem Vorsitz des Präsidenten Ratzlaff, Eisenach, begann am Sonnabend in Hannover die Ordentliche Hauptversammlung der Deutschen Radfahrer-Union, die eine besondere Note durch das 10jährige Bestehen des Verbandes erhält. Anwesend waren alle Landesverbände mit Ausnahme Bayerns, das seinen Vertreter für Sonntag angesagt hat. Entschuldigt fehlte Schlesien Die Berichte der Vorstandsmitglieder wiesen übereinstimmend eine weitere sportliche und wirtschaftliche Steigerung in der Union auf und wurden ohne Diskussion angenommen. Mit besonderer Spannung wurden der Geschäfts- und Kassenbericht erwartet Aus diesen geht hervor, daß die Mitgliederzahl weiter gestiegen ist, und zwar um 700 Mitglieder, 10 Ortsgruppen, eine Ortsvertretung und 22 Vereine. — 327 sind inkorporiert. Der Kassenbericht zeigt einen Gewinn von 1500 Mk.

Ueber die Stellung der Union zur VDAV und im Deutschen Radsport berichtete Generalsekretär Schirmer-Hannover, der gleichzeitig geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Vereinigung ist. Die Einheitsfrage wurde dahingehend klargestellt, daß die Union nach wie vor die sportliche Einigung der Sportverbände fördert und gipfelt in einer Entschließung, die an den Präsidenten der Vereinigun gerichtet wurde Das Verbandsorgan, die „Rad-Union", soll auch weiterhin als Zeitschrift 14tägig erscheinen und den Mitgliedern kostenlos zugestellt werden. Der Voranschlag für 1930 balanciert um 50 000 Mk. Eine Beitragserhöhung um 1 Mk. bezw. 0,50 Mk. wurde nach kurzer Debatte angenommen. Damit schlossen die Verhandlungen des ersten Tages.

Am Sonntag vormittag nahm die Versammlung ihren Fortgang. Es standen hauptsächlich interne Anträge zur Debatte. Interessant war ein Antrag Brandenburgs, zukünftig den Veranstaltern zu überlassen, ob Material oder Ehrenpreise verteilt werden sollten. Es erfolgte jedoch keine Zustimmung. Ferner wurde beantragt, die Gruppierung der Herrenfahrer-Klassen bei der Vereinigung Deutscher Radsport-Verbände festzusetzen. Der Vorschlag war: Klasse D Altersfahrer; Kl. C Anfänger und Fahrer, die noch keinen 1. bis 5 Platz errungen haben; Kl. B Fahrer, die einen ersten bis 15. Platz erzielt und Kl. A Fahrer, die mehr als zwei 1 bis 5. Plätze erzielt haben. Die Fahrer der Kl. A sollen den übrigen entsprechende Vorgaben geben. Die DRU-Straßenmeisterschaft wird in sechs offenen Läufen ausgetragen. Zum Schluß fand die Vorstandswahl statt. Ausnahmslos wurden die alten Vorstandsmitglieder wiedergewählt.

Fußball.

In Westdeutschland trugen gestern nur der Rhein- und auch der Niederrheinbezirk wegen der drohenden Terminnot einige Spiele aus. Ein leichter Regen hatte die Spielfelder ziemlich schlüpfrig gemacht. Im Rheinbezirk konzentrierte sich das Hauptinteresse auf das M.-Gladbacher Lokaltreffen, wo der Favorit Borussia von dem SC M.-Gladbach überraschend und dazu auch noch recht derb mit 4:1 glatt geschlagen wurde Nicht minder interessierte aber das Spiel in Aachen. Hier trafen sich ebenfalls zwei Anwärter auf die Rheinbezirkskrone, und zwar Alemannia Aachen und der Bonner FV. Mit 3:2 blieben hier die Aachener glückliche Sieger. Die übrigen Spiele endeten erwartungsgemäß, wenn man auch dem Mülheimer SV gegen Blau-Weiß Lindenthal etwas mehr als ein dürftiges 2:2 zugetraut hätte. Im Niederrheinbezirk fanden drei Spiele statt, wovon die Homberger Begegnung zwischen dem Homberger SV und dem westdeutschen Altmeister Duisburger SV das größte Interesse beanspruchte. Der Altmeister erlag dem Elan der Homberger und hatte beim Schlußpfiff mit nicht weniger als 1:5 das Nachsehen. Duisburg 08 und VfB. Ruhrort trennten sich mit 3:3, während der Meidericher SV die Duisburger von 1899 mit 6:2 geschlagen heimschicken konnte.

Nachstehend die Ergebnisse:

Rheinbezirk:

SC M.-Gladbach — Borussia M.-Gladbach 4:1.
Alemannia Aachen — Bonner FV 3:2.
Düren 03 — VfR Köln 2:4.
Tura Bonn — Sülz 07 1:4.
Blauweiß Köln — Mülheimer SV 2:2.
CfR Köln — Kölner BC 2:2 (Gel.-Sp.)

Niederrheinbezirk:

Meidericher SV — Duisburg 99 6:2.
Duisburg 08 — VfvB Ruhrort 3:3.
Homberger SV — Duisburger SV 5:1.

*

Süddeutschland.

Bayern Hof — 1. FC. Nürnberg 2:0 (1:0)!
VfR. Fürth — FV. Würzburg 2:1
Wacker München — München 1860 1:1

Hockey.

Silberschild-Zwischenrunde.

Brandenburg und Süddeutschland in der Endrunde.

Berlin, 24. November.

Die Zwischenrunde um den Silberschild des Deutschen Hockey-Bundes nahm in diesen Treffen in Berlin und Leipzig den erwarteten Ausgang. In Berlin schlug Brandenburg Norddeutschland 4:0 (3:0)

In Leipzig spielte Mitteldeutschland gegen Süddeutschland 3:6 (1:3).

Repräsentativkampf im Ringen.

Rheinland — Westfalen.

Köln-Mülheim, 24. November.

Die Ringermannschaften des Kreises I (Rheinland) und des Kreises III (Westfalen) trafen sich heute zum Repräsentativkampf in der Rheinischen Ringerhochburg Köln-Mülheim. Die Rheinländer kamen überraschend zu einem 21:15 Sieg, da die Westfalen mit geschwächter Mannschaft anzutreten gezwungen waren.

Nachstehend die einzelnen Kämpfe:

Bantamgewicht: Paulus-Köln siegt kampflos, da Westfalen keinen Vertreter zur Stelle hatte

Federgewicht: Meier-Dortmund siegt über Rutsch-Köln durch Ueberwurf in 6¼ bezw. 7 Minuten.

Leichtgewicht: Schlange-Mülheim siegt durch bessere Arbeit über den westfälischen Ersatzmann Wendemuth-Kirchlinde nach Punkten.

Weltergewicht: Möchel-Mülheim siegt über Krahl-Brambauer sicher nach Pkt.

Mittelgewicht: Simons-Köln gewinnt n. Pkt. über den Meister Krämer-Duisburg.

Halbschwergewicht: Vogedes-Dortmund bezwingt Brügger-Mülheim zweimal durch Schulterzug und zwar in 4½ und 4 Min.

Schwergewicht: Bogdahn-Mülheim verliert gegen Muß-Hörde sicher nach Punkten.

Bremen siegt im Internationalen Kunstturnkampf.

Bremen, 24. November.

Der heute in Bremen ausgetragene 4-Städtekampf der Kunstturner von Bremen, Köln, Amsterdam und Groningen endete mit einem eindrucksvollen Siege der deutschen Kunstturner. Den ersten Platz belegte Bremen mit 713 Punkten, gefolgt von Köln mit 694 Punkten. Die beiden letzten Plätze fielen an die Holländer und zwar der dritte Platz 681 Punkte an Amsterdam und der 4. Platz mit 609 Punkten an Groningen.

Das 2. Kölner Sechstagerennen.

Für das am Freitag, den 29. November, abends 10 Uhr beginnende 2. Kölner Sechstagerennen lautet die endgültige Startliste:

Goossens — Deneef (Belgien),
Charlier — Duray (Belgien),
Louet — Mouton (Frankreich),
Tonani — Dinale (Italien),
Pynenburg — Dizmella (Holland-Deutschland),
Hürtgen — Goebel (Deutschland),
Frankenstein — Dederichs (Deutschland),
Miethe — Jean Schorn (Deutschland),
Dorn — Maczynski (Deutschland),
Krüger — Funda (Deutschland),
Jokisch — Stübecke (Deutschland),
Damm — Karl Müller (Deutschland).

Diese Besetzung ist gut zusammengestellt. Nur zwei Fahrer, Damm und der Elberfelder Müller, bestreiten ihre ersten „six-days". Unter den Teilnehmern befinden sich elf Fahrer, die bereits Sechstagesiege feiern konnten, und zwar: Goossens, Duray, Louet, Mouton, Tonani, Dinale, Hürtgen, Goebel, Frankenstein, Dorn und Maczynski.

*

Amateur-Radrennen in der Kölner Rheinlandhalle.

× **Köln, 24. November.**

Vor ungefähr 3000 Zuschauern kamen am Sonntag vormittag in der Kölner Rheinlandhalle die ersten Amateurrennen zur Durchführung. Sie brachten durchweg spannenden und hervorragenden Sport und begeisterten durch flotten und kampfreichen Verlauf die Zuschauer. Im Hauptfahren siegte der Kölner Trauden vor Wolff und Perelaer. Das Halbstunden-Mannschaftsfahren für Jungmannen wurde von 10 Paaren bestritten. Manz—Nordbeck gewannen mit 10 Punkten vor Jordan—Hans Krewer 6 P., Küster—Müller 3 P., Rosenthal—Iyszak belegten eine Runde zurück den vierten Platz. Das Hauptmannschaftsrennen mußte infolge vorgerückter Zeit auf eine Stunde verkürzt werden. Nach interessantem Verlauf siegten Toni Müller—Baikow mit 3 Punkten, da es dieser Mannschaft gelang, den übrigen Paaren eine Runde abzunehmen. An zweiter Stelle endeten eine Runde zurück Nowack—Wolff 18 P. vor Christensen—B. Görtz 10 P. und Schneider—Walther 3 Punkte.

Beschlüsse des Bundes Deutscher Radfahrer.

Auf der Bundestagung in Wanne, des Bundes Deutscher Radfahrer wurde beschlossen, außer den üblichen Gaumeisterschaften auf der Straße noch folgende größere Rennen auszuschreiben. „Bochum—Münster—Bochum" 180 km Ausrichter Radfahrer-Verein „Sturmvogel" Bochum. „Rund um Dortmund" 120 km. Ausrichter Radrennklub 08 Dortmund. „Wehlmindepreis" 65 km, Ausrichter Radrenn-Verein Wehlinde Dortmund. Die Bergmeisterschaft des Ruhrgaues und Vierer-Vereinsmeisterschaft wurden zur Ausrichtung den Vereinen „Westfalia"-Bochum und dem Bezirk Groß-Essen übertragen.

Sparta schlägt Poseidon-Köln im Schwimm-Klubkampf.

× **Köln, 24. November.**

Im ausverkauften Kölner Hohenstaufenbad lieferten sich am Sonntag die beiden führenden Kölner Vereine Sparta und Poseidon einen spannenden Klubkampf, den die Spartaner erwartungsgemäß überlegen mit 9:3 für sich entschieden Beide Vereine mußten alle verfügbaren Kräfte heranziehen, gab es doch eine große Staffel zu schwimmen, bei der auf jeder Seite 50 Schwimmer benötigt wurden.

Ergebnisse:

20×100 m Freistilstaffel: 1. Sparta 23:08; 2. Poseidon 23:56,8.

15×60 m Lagenstaffel: 1. Sparta 10:45,8; 2. Poseidon 11:06,3.

Gemischte Staffel: 1. Sparta 9:14,8; 2. Poseidon 9:19.

50×60 m Freistilstaffel: 1. Sparta 34:31,4; 2. Poseidon 35:38,8.

Wasserball: Poseidon — Sparta 6:5 (2:4). Sparta — Poseidon 2. Mannschaft 3:3.

Neue Olympia-Bestimmungen.

Tagung des Internationalen Reitsport-Verbandes.

Paris, 23. November.

Der internationale Reitsportverband hielt in Paris eine Tagung ab und besprach einige wichtige turniersportliche Fragen, wobei ganz besonders das Thema des Olympischen Reitturniers behandelt wurde. Für das Olympische Turnier 1932 in Los Angeles sind neue Bestimmungen festgelegt worden. Wie bisher besteht das Programm aus drei Prüfungen und zwar der Großen Dressurprüfung, dem Jagdspringen sowie der Vielseitigkeitsprüfung (Military), die ihrerseits aus Dressurprüfung, Jagdspringen und Geländeritt besteht. Die Große Dressurprüfung soll gegen bisher stark erschwert werden, dasselbe gilt für das Jagdspringen. Hier soll beispielsweise die Minimalhöhe der Hindernisse 1,25 m betragen und davon müssen wiederum mindestens drei Hindernisse 1,50 m hoch sein. Bei gleicher Punktzahl wird ein Stichkampf über sechs Hindernisse a 1,50 m ausgetragen. Ebenso wie die große Dressurprüfung wird auch die Dressurprüfung, die zur Military zählt, erschwert.

Es wurde beschlossen, jährlich eine große Olympische Dressurprüfung zu veranstalten und zwar erstmalig beim kommenden Luzerner Turnier vom 5 bis 13 Juli 1930 Diese jährliche Prüfung soll als Vorbereitung zu den Olympischen Spielen dienen. Der Große Preis der Nationen soll nach olympischem Muster auch ein Jagdspringen erhalten, das drei Reiter der gemeldeten Nationen zu bestreiten haben. Der vorgeschriebene Springkurs ist zweimal zu absolvieren.

Deutsche Pferde in Nizza.

Der am 19. Januar in Nizza zu laufende Große Preis von Nizza, ein Hindernisrennen über 4400 Meter, ausgestattet mit rund 80 000 Reichsmark (500 000 Francs) wird auch deutsche Beteiligung sehen, denn die drei deutschen Steepler Heluan, Assuan und Pergola sind gemeldet worden. Die deutschen Pferde sind nicht chancenlos, obwohl auch die beste Klasse der französischen Steepler vertreten sein wird Assuan und Pergola werden übrigens am 12. Januar den Großen Preis von Monte Carlo bestreiten.

Audax eingegangen.

Der Stall der Herren A. u. C. v. Weinberg beklagt den Verlust eines nützlichen Rennpferdes. Der jetzt vierjährige Audax, ein Hengst von guter, wenn auch nicht überragender Klasse, ist an einer Magenverstimmung eingegangen.

Pferderennen.

Rennen zu Strausberg am 23. November.

1. R.: 1. Girigare 16 (Lüder), 2. Gilde, Toto 24.
2. R.: 1. Persea (Müschen), 2. Annchen, 3. Setrap, ferner Der Muck, Funker, Mossul, Wupeisu, Koualle, Spretelia Toto 145, Pl. 25, 21, 22.
3. R.: 1. Tamarattan (Majewski), 2. Kif Kif, 3. Richtlinie, ferner Eiche, Rosenprinz, Jenoe, Varasdin. Toto 49, Pl. 17, 18, 19.
4. R.: 1. Taugenichts (Lüder), 2. Spala, 3. Prünas, ferner Mäander. Toto 18, Pl. 15, 22.
5. R.: 1. Trumpfkönig (Gimpl), 2. Kermak, 3. Ledon, ferner Senoussi, Werden, Doktor Mabuse, Schwertlilie, Heiliger Narr. Toto 61, Pl. 15, 14, 14.
6. R.: 1. Mäander (Müschen), 2. Heliade, 3. Heimatliebe, ferner Godwina, Neuland, Mansbach, Erisettchen, Morgenrot, Rasser Lilly. Toto 174, Pl. 53, 36, 25.

Rennen zu Düsseldorf am 24. November.

1. R.: 1. Neck (Weidner), 2 Grimm, 3. Clauswalde, ferner Peloria, Quedlinor, Marokkaner, Eseline, Roberts Toto 132, Pl. 23, 14, 20.
2. R.: 1. Maharadja (Hochstein), 2. Kalif, 3. Geestländerin, ferner Ahmenfürst, Großmut, Polhymnia. Toto 42, Pl. 18, 15.
3. R.: 1. Maharadscha (Holten), 2. Hilde, 3. Giralda, ferner Rambla, Nina, Seppel 1. Toto 48, Pl. 19, 30, 27.
4. R.: 1. Brigant (Weber), 2. Moselkern, 3. Ingham, ferner Mysidor, Horriet, Sankt Anton, Goldelse, Comtesse Isola, Karissima, Zwirns Bruder. Toto 36, Pl. 18, 48, 31.
5. R.: 1. Froher Mut (Broda), 2. Fähnrich, 3. Sirokko, ferner Kipnis, Consul 2. Toto 94, Pl. 28, 14.
6. R.: 1. Flügelmann (Weidner), 2. Phönix, 3. Seyd, ferner Mozart, Ferina, Ordinaria, Feuermal, Sergen. Toto 61, Pl. 25, 29, 33.

Aus Westdeutschland.

× **Emsdetten**, 24. Nov. **Fünf Einbrüche in einer Nacht.** Zunächst brach man zwischen 7 und 8 Uhr abends bei dem Schneidermeister Beckmann ein. Dort jedoch wurden die Diebe verscheucht, desgleichen in dem Hause Oerting an der Ecke Rheinerstraße-Wilhelmstraße. Auf der Emsbrückenstraße wurde bei dem Schreinermeister Haverkamp eingebrochen, wo man einen Glasschneider erbeutete. In der Eisenwarenhandlung Lutmaring eignete man sich eine Zange an und erbeutete dann im Kolonialwarengeschäft Thams u. Garfs östliche Pralinen, Schokoladetafeln und etwas Kleingeld. Von den Tätern fehlt jede Spur. — Am Freitag abend versuchte ein Unbekannter, auf der Münsterstraße einem jungen Mädchen die Handtasche mit der Löhnung zu entreißen. Dieses setzte sich jedoch zur Wehr. Als dann Passanten hinzukamen, warf der Bursche die Handtasche von sich und entwich über die Marienstraße in Richtung auf das Krankenhaus. Auch in diesem Falle ist der Täter unbekannt entkommen.

× **Everswinkel**, 23. Nov. **Autounglück.** Heute morgen ereignete sich an der Wegegabelung Freckenhorsterstraße—Alter Müssinger Landweg ein Autounglück. Ein Personenkraftwagen aus Münster fuhr mit voller Gewalt auf den Wagen des Gutsbesitzers Bernhard Große-Mehrmann von hier. Letzterer erlitt erhebliche Verletzungen am Kopf und mußte in bedenklichem Zustand in das hiesige St. Vitushospital gebracht werden. Das Pferd wurde getötet. Auch der Sachschaden ist bedeutend.

:: **Hamm**, 23. Nov. **Es kommt auf eine Stimme an!** Daß es auch auf jede einzelne Stimme ankommt, beweist das Wahlergebnis in Hamm. Wäre noch eine Stimme für das Zentrum abgegeben worden, dann hätte das Zentrum 19 statt 18 Mandate erobert! Bei der Verrechnung um den 19. Kandidaten standen sich Zentrum und Nationalsozialisten gegenüber: 461 gegenüber 462 Stimmen. Da die Nationalsozialisten eine Stimme Mehrheit hatten, erhielten sie ihr einziges Mandat. Die Nutzanwendung für kommende Wahlen ist die immer wiederholte Mahnung, daß es wirklich auf die einzelne Stimme ankommt.

Bielefeld, 23. Nov. **Eine geheimnisvolle Todesfahrt.** Die Kriminalpolizei bemüht sich um die Aufklärung eines Falles, der ebenso fragwürdig wie geheimnisvoll ist. Es handelt sich um folgendes Geschehnis: In Bellershagen bei Bielefeld wurde ein Motorrad, auf dem hinter dem Fahrer eine Frau saß, auf schlüpfriger Straße plötzlich umgeworfen. Mann und Frau stürzten zu Boden, und mit ihnen wurde auch noch ein dreijähriges Kind vom Rade gerissen. Der Fahrer wurde offenbar verletzt, die Frau nicht. Das Kind blieb leblos auf der Straße liegen. Erst nach einer Auseinandersetzung nahm der Mann das tote Kind auf den Arm, um mit der Frau, die das Rad vor sich herschob, weiterzugehen. Man mutmaßt, daß die beiden Erwachsenen sich des Kindes auf die geschilderte Weise entledigen wollten. Eine sichere Handhabe ist durch die bisherigen Ermittlungen nicht geliefert worden.

:: **Lage** (Lippe), 24. Nov. **Ein Kraftwagen auf den Eisenbahnschienen.** In der Nähe von Oldentrup war ein Auto mit den Hinterrädern in den Schienen stecken geblieben und mit dem Vorderteil die steile Böschung hinabgerutscht. Dadurch bekam der um 23.15 Uhr von Bielefeld nach hier abfahrende Zug 4½ Stunden Verspätung. Erst nach langen Bemühungen durch die Feuerwehr konnte die Strecke wieder freigemacht werden. Glücklicherweise wurde bei dem Unfall niemand verletzt.

Warburg, 23. Nov. **Der Tod in der Kirche.** In der Kirche in Muddenhagen wurde der unter dem Namen „Onkel Lunkenbein" bekannten Besitzer der Besenkühle plötzlich vom Schlage getroffen. Der Tod trat bei dem 69 Jahre alten Manne auf der Stelle ein. Von einem anwesenden Pater wurde er noch kurz vor seinem Tode versehen.

:: **Langendreer**, 24. Nov. **Tödlicher Grubenunfall.** Auf der Zeche Oespel geriet der ledige Hauer Morotzeck aus Stockum unter hereinbrechende Kohlenmassen und wurde verschüttet. Erst nach 12stündiger Bergungsarbeit konnte er nur noch als Leiche geborgen werden.

:: **Milspe**, 24. Nov. **Selbstmord einer 82jährigen Frau.** Die 82jährige Frau Schl., die seit längerer Zeit leidend war, glaubte ihren Angehörigen zur Last zu fallen. Aus diesem Grunde begab sie sich zum Bröingschen Hammerteich und sprang ins Wasser. Die Leiche konnte nach einiger Zeit geborgen werden.

Mülheim, 23. Nov. **Todessturz auf der Treppe.** Die Ehefrau Maria Keßler, im Kuhlendahl wohnhaft, ist in ihrer Wohnung die Treppe, die vom 1. zum 2. Stockwerk führt, herabgestürzt. Die Mutter fand ihre Tochter vor der Treppe auf den Steinfließen liegend. In bewußtlosem Zustand wurde sie in das evgl. Krankenhaus gebracht, woselbst sie, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, am folgenden Tage gestorben ist. Als Todesursache kommt Gehirnerschütterung in Frage. Frau K., die stark erkältet war und an Schwindelanfällen litt, ist sehr wahrscheinlich in einem solchen Anfall abgestürzt.

Oberhausen, 24. Nov. **Durch Schwefelsäure tödlich verbrannt.** Am 13. November hat der Montagearbeiter Josef Fones auf seiner Arbeitsstätte in den Chemischen Werken „Rhenania" durch Sturz in ein Bassin, das Schwefelsäure enthielt, und mit dessen Entleerung er beauftragt war, so starke Verbrennungen erlitten, daß er jetzt im St. Elisabethkrankenhaus gestorben ist.

× **Elberfeld**, 23. Nov. **Zu der Verhaftung des angeblichen Fememörders Kleis.** Zu der bereits am Freitag berichteten Verhaftung eines angeblichen „Fememörders" an der Saargrenze bei Bruchmühlbach wird gemeldet, daß es sich bei dem Festgenommenen um den Arbeiter Kleis aus Remscheid handelt, der schon seit neun Jahren von der Staatsanwaltschaft Elberfeld gesucht wird. Kleis wird beschuldigt, zusammen mit dem Arbeiter Wagner aus Remscheid, der schon vor einem halben Jahre festgenommen werden konnte, den Arbeiter Hippler aus Remscheid ermordet zu haben. Hippler gehörte ebenso wie die beiden Verhafteten, der „Roten Armee" an und war ermordet worden, weil er im Verdacht stand, Spionagedienste für Freikorps geleistet zu haben. Kleis ist inzwischen in das Untersuchungsgefängnis nach Elberfeld überführt worden, wo sich auch Wagner befindet.

Bonn, 24. Nov. **Alexander Zubkow zu einer Woche Haft verurteilt.** Schon seit dem frühen Morgen belagerten einige hundert Neugierige das Gerichtsgebäude in der Wilhelmstraße, um der Verhandlung gegen Alexander Zubkow beiwohnen zu können. Nach endlosem Warten wurde Zubkow gegen 15½ Uhr in den Sitzungssaal geführt. Er begrüßte durch Kopfnicken sofort verschiedene Bekannte und lächelte ihnen zu. Vor Eintritt in die Verhandlung gab er an, Student der Medizin zu sein. Er war das auch wirklich ein Semester in Moskau. Sein Studium habe er unterbrechen müssen, da er von den Bolschewiken zu mehreren Jahren Zuchthaus verurteilt worden sei. Er habe jedoch aus dem Gefängnis flüchten können und sich dann zuerst in Schweden aufgehalten. Dann sei er drei Jahre zur See gefahren und 1925 nach Berlin gekommen. Er gibt zu, wiederholt nach seiner Ausweisung das deutsche Gebiet wieder betreten zu haben, und zwar am 1., 2., 9. und 13. November, hauptsächlich aber auf Veranlassung seiner Frau. Er schilderte dann die Unterredung in Eusskirchen mit dem Rechtsanwalt Wiltberger und behauptete dabei, daß er sowohl wie seine Frau gegen eine Scheidung gewesen sei. Als er am 13. November durch ein Pressebüro die Nachricht von dem Tode seiner Frau erhalten habe, sei er im Kraftwagen nach Trier, und von dort mit dem Zug nach Bonn gefahren, wo er allerdings erfuhr, daß seine Frau tot sei und schon nach Kronberg übergeführt werde. Er will nur aus Rücksicht auf seine Frau wieder nach Deutschland gekommen sein. Der Amtsanwalt beantragte zwei Wochen Haft. Das Gericht verurteilte ihn zu einer Woche, die durch die Untersuchungshaft für verbüßt erklärt wurde. Freigelassen wurde Zubkow nicht, sondern er wird nach Luxemburg zurückgebracht werden.

Bingen, 24. Nov. **Ab 16.30 Uhr Couleur.** Der Streik der Studierenden des Technikum Bingens ist heute beigelegt worden. Unter Anwesenheit von Ministerialrat Prof. Knapp als Regierungsvertreter u. des Bürgermeisters Dr. Steglitz fanden zwischen Anstaltsleitung, Vertretern der Dozentenschaft und der Studierenden heute nachmittag Verhandlungen auf Grund der von den Studierenden gestellten 10 Forderungen statt. Das Ergebnis der Verhandlungen ist, daß die Studierenden an jedem Tage nachmittags von 4,30 Uhr ab Couleur tragen dürfen. Bisher war dies nur am Samstag und Sonntag erlaubt, und zwar gilt dies vom 1 Dezember 1929 ab. Ministerialrat Knapp, Bürgermeister Dr. Steglitz und der Direktor der Anstalt werden sich beim hessischen Ministerium für Kultus- und Bildungswesen um die Genehmigung dieser Vereinbarung und Couleurfreiheit bemühen. Wesentlich ist weiter, daß die Ausweisungen der 13 Erstscharfierten zurückgenommen werden. Der Unterrichtsbesuch wird am Montag, 25. November von den Studierenden in vollem Umfange wieder aufgenommen.

Der Sport im Münsterlande

DJK. Bezirk Bocholt-Rees.

Während im W. S. V. die Spielvereine am Sonntag im Bocholter Bezirk Ruhe hatten, mußten die D.J. K.-Vereine wegen der Terminnot am Sonntag antreten. In Bocholt war der Hauptkampf zwischen Eintracht und Blau-Weiß Wesel.

Eintracht Bocholt 1. gegen Blau-Weiß Wesel 1. 5:2 (2:2).

Die Eintrachtler konnten diesmal verdient gewinnen. Bis zur Halbzeit herrschte gleichwertiges Feldspiel. Gegen Wind spielend konnten die Eintrachtstürmer die gute Verteidigung der Weselaner nach der Pause noch dreimal umspielen und für den guten Torwart unhaltbar einsenden. Somit errangen die Hiesigen einen schönen Sieg. Damit ist es Eintracht gelungen, einen geachteten und gefürchteten Gegner zu schlagen und den Anschluß an die Spitzengruppe zu gewinnen.

T .und B. Fildeken gegen Tura Praest 1. 1:3 (1:1).

Bei den beiden Vereinen handelte es sich darum, wer die Spitze in der Tabelle einnehmen sollte. Fildeken hatte offenbar Pech. Denn obwohl das Resultat bei Halbzeit noch unentschieden 1:1 stand, gelang es den Gästen, noch zwei weitere Tore vorzulegen und damit den Sieg für sich sicher zu erringen.

D. J. K. Rhede 1. gegen Chamavia Bocholt 1. 1:4 (1:3).

Rhede hatte wieder das Unglück, für zwei seiner besten Leute Ersatz einstellen zu müssen, nämlich für den Mittelstürmer und einen Verteidiger. Zudem paßte Rhedes Innensturm nicht auf und ließ erheblich das Zusammenspiel vermissen. Dagegen hatten die Chamaven die Schußstiefel an und legten schon bis Pause drei Tore vor. Nach Halbzeit war das Spiel verteilt, was sich darin zeigte, daß Chamavia seinen Vorsprung nur noch mit einem Tore vergrößern konnte. Die Hoffnung der Rheder auf einen unentschiedenen Ausgang des Treffens ist leider vereitelt worden.

Westdeutscher Rundfunk.

Montag, 25. November 1929.

6,45—7 Uhr: Leibesübungen.
7—8 Uhr: Morgenkonzert.
10,15—11,10 Uhr: Schallplattenkonzert (Electrolaplatten).
11,15—11,55 Uhr: Schulfunk für Volksschulen. Eine Stunde Bürgerkunde: Der Produktionsprozeß. (Uebertragung aus der Braunkohlengrube Gewerkschaft Hürtherberg).
12,10 Uhr: Mechanische Musik (Electrolaplatten).
13,05—14,30 Uhr: Mittagskonzert, Leitung: Eysoldt, Solisten: Mylenbusch (Oboe), Wielsch (Klavier). 1. Vivat Hungaria (Ungarischer Marsch) — Linka. 2. Ein Liedesmärchen, Walzer — Raes. 3. Ouvertüre zur Operette „Tantalusqualen" — Suppé. 4. Melodien a. der Oper „Iolantha" — Tschaikowski. 5. Ein Kränzlein Bagatellen für Oboe und Klavier — Haas. Ernst Mylenbusch — Walter Wielsch. 6. Kinderlieder, Suite — Blech. 7. Entzückung, Melodie — Venedig, Gondellied — de Taeye. 8. Streiflichter, Potpourri — Morena. Flügel: Bechstein.
14,30 Uhr: Funkwerbung: Ratschläge fürs Haus.
15—15,30 Uhr: Els Vordemberge: Kinderspielstunde: Ein lustiger Nachmittag mit Onkel Perlitz.
16,05—16,25 Uhr: Frauenstunde. Else Giese M. d. L.: Jugenderziehung im 20. Jahrhundert: U. S. A.
16,30—16,55 Uhr: Lebende Dichter. Paul Zech: Neue Balladen von den wilden Tieren.
16,55—17,30 Uhr: Rektor Simon: Jugendfunk. 1. Von fremden Ländern und Völkern: Willi Schäferdiek: Was ein deutscher Junge auf seiner Ferienreise durch Frankreich erlebte. 2. Heinz Raasch: Werkarbeit für die Jugend. Eine Adventsampel.
17,30—18,30 Uhr: Vesperkonzert. Mitwirkende: Eugen Hey (Gitarre und Gesang), die Kammermusiker Otto Schneeberg (Flöte), Fritz Geistfeld (Geige und Bratsche), Ernst Eigen (Cello) vom Städtischen Orchester Bochum.
18,30—18,50 Uhr: Ulrich Graf von Reisbach: Das Schicksal der südamerikanischen Indianer.
19,15—19,40 Uhr: Lektor Dr. Beinhauer — Carmen Mueller-Zulaika: Spanische Unterhaltung.
19,40—20 Uhr: Elternstunde. Weihnachtsvorfreude. Eine Plauderei für Eltern von Dr. H. Steffens.
20 Uhr: Abendmusik des kleinen Orchesters des Westdeutschen Rundfunks, Leitung: Eysoldt. 1. Polonäse Ddur — Moszkowski. 2. Vibrationen, Walzer — Strauß. 3. Frühlingstau auf Schumanns Grab, Fantasie — Urbach. 4. Tanz der Rosenelfen — Moszkowski. 5. Ballettsuite aus „Sylvia" — Delibes. 6. Venezia-Marsch — Fabiani.
21 Uhr: Der Mensch Neger. Sein Leben. Seine Dichtung. Seine Musik. Vortragende: Frank Warschauer, Ernst Hardt.
Anschließend: Letzte Meldungen, Bericht über das geistige Leben, Sportbericht.
Anschließend: Funkwerbung: Mitteilungen aus der Geschäftswelt.
Anschließend bis 24 Uhr: Nachtmusik und Tanz, Leitung: Eysoldt.

Fay Sodener mit Menthol wirken schleimlösend und erfrischend.



Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, heute morgen 11¼ Uhr unsern guten Vater, Schwiegervater, Großvater und Urgroßvater, den

Pensionär
Wilhelm Voigt

zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Er starb infolge Altersschwäche nach einem christl. Lebenswandel im Alter von 82 Jahren sanft und ruhig im Herrn.

Rheine, den 23. November 1929.

Die trauernden Angehörigen.

Die Beerdigung findet statt am Dienstag, den 26. November, nachm. 2½ Uhr vom Krankenhause aus.

Mütterverein St. Jakobi, Coesfeld.

Unser Mitglied

Ehefrau Anna Essling

ist gestorben. Beerdigung am Dienstag, den 26. November, 8¾ Uhr vom Krankenhaus aus.

Es ladet ein **Der Vorstand.**

Verein katholischer Akademiker, Warendorf

Am **Dienstag, dem 26. d. Mts., abends 8 Uhr,** in der Aula des Gymnasiums:

Vortrag

des hochwürdigen Herrn Pater Alexander Wagner, O. F. M. aus Münster: **„Berufung und Beruf des katholischen Akademikers".**

Eintritt 1.— M. Mitglieder und ihre Angehörigen, Studierende und die durch Karte Eingeladenen haben freien Zutritt.

Lasset die Kindlein zu mir kommen
Und wehret ihnen nicht,
Denn ihrer ist das Himmelreich.
Matth. 19. 4.

Dem lieben Gott hat es gefallen, am Freitag abend infolge Unglücksfalles unser liebes Söhnchen und Brüderchen

Josef

im zarten Alter von 5 Jahren wieder zu sich in den Himmel zu nehmen.

Dies zeigen tiefbetrübt an

Johann Kestermann und Frau nebst Kindern.

Coesfeld, den 24. November 1929.

Die Beerdigung findet statt am Dienstag morgen 8¾ Uhr vom Krankenhaus aus.
Sollte jemand aus Versehen keine Anzeige erhalten haben, so diene diese als solche.

†

Das Sechswochenamt
für die Verstorbene
Frau Franz van Endert
findet statt am Dienstag morgen 8½ Uhr in der Liebfrauenkirche zu Bocholt.

Kottenverkauf.

Im freiwilligen Auftrag des Landwirts Herrn Johann Kreulich zu Lette Nr. 194 werde ich am **Dienstag, dem 26. November, vormittags 10 Uhr** den

Kotten

zur Größe von 1 Ha. 65 Ar und 81 Qm.

öffentlich meistbietend ganz oder teilweise verkaufen.
Prima Bodenbeschaffenheit.
Sammelplatz beim Landwirt Herrn B. Löbberding zu Lette.

Wilhelm Bäumer
vereidigter Auktionator und Sachverständiger,
Coesfeld, Fernruf 100.

Die Eierpreise steigen

aber auch die Gewinne der Geflügelhalter, sofern **Muskator-Eiermehl** verfüttert wird. Der Ererertrag wird durch Muskator-Futter selbst im Herbst und Winter noch erhöht.

Druckschriften und Proben kostenlos von ihrem Händler oder dem Hersteller:

Bergisches Kraftfutterwerk G. m. b. H., Düsseldorf-Hafen.

Muskator

Generalvertretung und En-gros-Niederlage:
Jos. Verschüer, Rheine i. Westf. Fernruf 382.
Chr. Fohrmann, Getreide u. Futtermittel, **Werne a. d. Lippe.** Telephon 34.

Kyffhäuser-Technikum Frankenhausen. Ing.- u. Werkmstr.-Abt. f. Masch.- u. Automobilb. Schwach- u. Starkstr.-Technik. Anf. Sonderabt. f. Landm. u. Fleet.

Täglich hoh. Verdienst durch **Heimarbeiten** u. a. Tätigkeit. Gelegenheit zur Existenzgründung. Senden Sie Ihre Adresse an R. Reiter, Mannheim, Postf. 612

HONIG (Blüten-Schleuder-) allerfeinste „Auslese" Garantie für Rein heit. 10-Pfd.-Eimer Mk. 11,50, 5 Pfd Mk. 6,75 fr Nachn.-Geb. trage ich fa12732 Fr. Pastor Kärner, Aumühle 153 (Bz. Hamburg).

In 3 Tagen **Nichtraucher.** Auskunft kostenlos! **Sanitas-Depot,** Halle a. S. 589.



Wir liefern d2112 **Gleich- und Drehstrom-Motore** neu und gebraucht
Hülsebömer & Weischer, Münster i. W.
Laden Neubrückenstraße 18, Fernr. 2543 8. Büro, Lager u. Werkstatt Wermelingstraße 6 a

Erst wenn es Ihnen gelingt

Ihre Anzeigen für den Zeitungsleser interessant zu machen, wird er die Anzeigen als eine auch ihn betreffende Angelegenheit mit größtem Interesse betrachten und ihr doppelte Aufmerksamkeit schenken. — Darum alle Liebe und Sorgfalt auf die Textablassung verwenden und im Satzaufbau die Feinheiten der Typographie berücksichtigen, dann wird

Nachfrage nach Ihrer Ware

vermehrt einsetzen und Sie werden keine Anzeigen-Schablonen mehr veröffentlichen. — Sammeln Sie in ruhigen Zeiten Ihre Werbe-Ideen. Eine Stunde der Vertiefung, ruhigen Nachdenkens vermittelt Ihnen mehr als Sie glauben. Sie haben öfters blitzartig eine Idee. Schnell skizziert, gut fortgelegt und zur gegebenen Zeit wieder hervorgeholt, durchgearbeitet und gefeilt. So gearbeitet, gibt es interessante Anzeigen für die Zeitungsleser u. Ihnen als Kauf- und Geschäftsmann erwächst aus der sorgfältigen Arbeit

doppelter Gewinn.

Sie kennen alle Möglichkeiten, die aus Ihrem Geschäft — der Lage, der Tradition, dem Milieu usw. — herauszuholen sind. Nur so wird Ihre Werbung eine persönliche Note bekommen, nur so bekommt der Interessent, der Zeitungsleser den nachhaltigen Kontakt mit Ihrem Hause, mit Ihrer Firma Und zur Beherzigung die Mahnung: Sprich mit keinem über Deine Werbevorhaben, dann kommt Dir auch keiner zuvor.

Darum auf zur Tat! Fort die Schablone!

Bei mir finden Sie
die Marken-Klaviere
Bechstein
Kaim „Cantator"
Haegele
Philipps
Bülow
Weißbrod
Herrmann
Arnold
Diese Marken haben internationale Bedeutung. Hören Sie meine Preise und Bedingungen. Tausende Anerkennungen
Piano-Haus A. Hoffmann
Haus unter fachmännischem Inhaber
Münster i. W.
Frauenstr. 9 Tel. 22434 **Frauenstr. 9**



Hilfe bei **Rückgrat**-Verkrümmung, auch wenn bisher erfolglos! Konkurrenzlos niedriger Preis. Interess. Broschüre und Auskunft erteilt kostenlos
H. Ernst, Düsseldorf Charlottenstr. 32/34



Subin
Subin ist ein bewährtes **Mittel** für **Schweine** gegen **Lahmheit, Steifheit, Knochenschwäche** und zur Anregung der **Freßlust.** — Preis 1,25 Mk
Zu haben in Apotheken und Drogerien.

Deutschnationaler Parteitag.

Die Entschließungen.

:: **Kassel**, 23. Nov. Am Sonnabend hielt der Reichsparteitag der Deutschnationalen Volkspartei in Kassel seine letzte Vollsitzung ab. Der Parteitag nahm zunächst einstimmig einige Entschließungen an. In der ersten Entschließung wird schärfster Einspruch gegen den aus der polnischen und der deutschen Presse bekanntgewordenen Inhalt des durch den deutschen Gesandten Rauscher paraphierten deutsch-polnischen Liquidationsvertrag erhoben, ebenso „gegen die Absicht des Reichsaußenministers Dr. Curtius, den zollpolitischen Schutz gegen Polen in wichtigen Punkten preiszugeben". In einer weiteren Entschließung dankt der Parteitag allen den Beamten, die sich „durch den ungeheuren und verfassungswidrigen Terror" von der Eintragung in die Listen zum Volksbegehren nicht haben abschrecken lassen, „für ihr mannhaftes und mutiges Verhalten". Der Parteitag „brandmarkt das Verhalten der Reichsregierung und der preußischen Regierung, die sich entgegen anderen Regierungen nicht gescheut haben, die verfassungsmäßigen Rechte der Beamten aus parteipolitischen Interessen auf das gröblichste zu verletzen." Die Deutschnationale Volkspartei werde sich mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln für die Wahrung der verfassungsmäßigen Beamtenrechte einsetzen, für jeden Beamten tatkräftig eintreten, der wegen seines Bekennermutes verfolgt werde. Der Parteitag erneuere das Bekenntnis zum Berufsbeamten deutscher Art und deutschen Gepräges.

Ebenso wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der die sofortige Rückgliederung des Saargebietes und die Räumung der Rheinlande verlangt wird. Die Saarverhandlungen sollen unter folgenden Bedingungen geführt werden: Vor den wirtschaftlichen Verhandlungen die politische Rückgliederung, kein Verzicht auf ein Stück deutschen Bodens, bedingungslose Rückgabe der Saargruben an Preußen und Bayern, unbedingte Ablehnung einer Beteiligung französischen Kapitals, keine Regelung auf Kosten der Landwirtschaft und keine Uebernahme irgendeines durch sein politisches Verhalten belasteten Beamten. Die Deutschnationale Volkspartei danke den Freunden an der Saar für ihr standhaftes Ausharren und sichere ihnen stärkste Unterstützung in ihren Lebensfragen zu. — Schließlich wurde unter lebhaftem Beifall noch eine vom Bismarck-Bund angenommene Entschließung zur Kenntnis genommen, worin der Bismarckbund dem Reichstagsabgeordneten, Bürgermeister Berndt in Berlin-Schöneberg, seinen Dank und seine Anerkennung „für sein mannhaftes Auftreten gegenüber marxistischer Willkür und neudeutscher Auffassung vom Wesen des Staates" ausspricht. Bekanntlich hatte Bürgermeister Berndt unter Hinweis auf seine Gewissensfreiheit und die Verfassung es abgelehnt, der Anordnung seiner vorgesetzten Behörde, die Darlegungen des Ministerpräsidenten Dr. Braun über die Stellungnahme der Beamten zum Volksbegehren an die ihm unterstellten Beamten durch Verteilung zur Kenntnis zu bringen, Folge zu leisten. — Zur Kenntnis genommen wurde gleichfalls eine Entschließung des Reichsausschusses der deutschnationalen Beamten, in der das Verhalten des Deutschen Beamtenbundes im politischen Kampf um das Volksbegehren einer scharfen Kritik unterzogen und eine Umgestaltung der Leitung des Deutschen Beamtenbundes gefordert wird.

Hierauf wurde in Weiterführung der Tagesordnung die Reihe der Vorträge über das Unterthema „Der geistige und wirtschaftliche Kampf gegen den Marxismus" fortgeführt.

★

Ein Vorstoß des Arbeiterflügels gegen Hugenberg.

Kassel, 23. Nov. Bemerkenswert war heute morgen die Rede des deutschnationalen Arbeiterführers und Reichstagsabgeordneten Hartwig. Der Redner, der aus der Stöckerschen Bewegung kommt und als Mitglied der evangelischen Generalsynode und Dozent an der evangelisch-sozialen Schule in Bethel bekannt ist, fand deutliche Bewerkungen gegen die augenblickliche soziale und wirtschaftspolitische Einstellung seiner eigenen Partei. Der deutschnationale Arbeiterausschuß hat als einzige Gruppe in Kassel eine entschiedene Tonart gegenüber der Parteiführung gefunden und in einer sehr bemerkenswerten Entschließung den Vorstand des Deutschnationalen Arbeiterbundes ermächtigt, „angesichts der gespannten parteipolitischen Lage alle Maßnahmen zu ergreifen, die er im Interesse der deutschnationalen Arbeiterpolitik für notwendig hält". Hartwig hatte schon in seinem Ausschuß das ungeschickte Paktieren der nationalen Opposition heftig und offen kritisiert. Er hat nun auch auf dem Parteitag unumwunden die grundsätzlichen Forderungen der deutschnationalen Arbeiterschaft in einer Form herausgestellt, die Geheimrat Hugenberg künftig nicht mehr ohne ernste Folgen für seine Partei einfach übersehen kann. Hartwig sagte u. a., der Marxismus predige Abhängigkeit aller Sittlichkeit und alles menschlichen Schicksals von der mehr oder weniger vollkommenen Lage der materiellen Verhältnisse. Er schließe die Geltung göttlicher Sittengesetze für die Menschheit aus. Der Marxismus wolle weiter auf der Grundlage der Enteignung des Besitzes die Diktatur des Proletariats aufrichten. Solcher Zielsetzung stelle sich die deutschnationale Arbeiterschaft entgegen. Nicht die Herrschaft über die andern Stände, sondern die Gleichberechtigung der Arbeiterschaft in der Staats-, Wirtschafts- und Kulturordnung habe sie auf der Grundlage des christlichen Sittengesetzes zu fordern. Der Unterschied zwischen Arbeiterschaft und Marxismus müsse in der politischen Arbeit der Deutschnationalen Partei stets Beachtung finden. Diese Beachtung der Unterscheidung zwischen christlichnationaler und marxistischer Arbeiterbewegung fordere die Berücksichtigung der berechtigten Forderungen des Arbeiterstandes. Der Arbeiterschaft gegenüber könne nicht mehr gearbeitet werden mit dem patriarchalischen Konservatismus, aber ebenso wenig mit dem manchesterlichen Liberalismus, sondern an ihre Stelle sei die volle Gleichberechtigung zu setzen. Das fordere die Anerkennung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für Reich, Länder und Kommunen, ferner die Anerkennung und Stützung freier, standesbewußter Gewerkschaften, des Rechts genossenschaftlichen Zusammenschlusses für Produktion und Konsum, das Recht der Mitverantwortung in der Wirtschaft auf der Grundlage des heutigen Rechts. Es fordere ferner das Recht des Arbeiters auf Anerkennung der staatlichen und gesellschaftlichen Verpflichtung, für die Tage unverschuldeter Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter zu sorgen. Je stärker die Arbeiterschaft merke, daß ihre Wünsche anerkannt, verstanden und berücksichtigt würden, desto größer sei die Aussicht, sie aus der marxistischen Umklammerung loszulösen. Die marxistischen Organisationen beherrschten die Masse nicht mehr durch eine Idee, sie fesselten sie nur noch durch die Fehler ihrer Gegner an sich. Die Deutschnationalen müßten diese Fehler vermeiden, damit ihr Kampf erfolgreich sei. (Beifall.)

Nach Hartwig sprach der Reichstagsabgeordnete Hauptmann a. D. Schmidt (Hannover) über die Jugend im Freiheitskampf gegen den Marxismus. Dann wurde Schluß gemacht: über Themo durfte nicht gesprochen werden. Um den Schein zu wahren, hatte Hugenberg am Schluß der Freitagsitzung mitgeteilt, die Aussprache solle nach den Referaten stattfinden. Aber — ein merkwürdiger Zufall; — es lag keine Wortmeldung vor. Und so gelangte man zum heißersehnten Ende.

Hugenberg dankte in seinem Schlußwort für die Beweise des Vertrauens, die ihm persönlich aus zahlreichen Kundgebungen entgegengebracht worden seien, und fügte hinzu: Es wird Ihnen vorgeschlagen, den nächsten Parteitag in Pommern abzuhalten. Wenn es dahin kommen sollte, daß wir am Goldenen Sonntag den Volksentscheid machen müssen, so wollen wir unseren Gegnern zeigen: auch am Goldenen Sonntag und gerade am Goldenen Sonntag wollen wir unsere Pflicht und Schuldigkeit tun. Ich wünschte nur eines, und damit will ich diesen Parteitag schließen, daß Sie den Eindruck mit nach Hause nehmen: Wir sind wieder in der Offensive und wir schreiten wieder voran. (Stürmischer Beifall.) Lassen Sie uns über die Arbeit der nächsten Zeit die Worte setzen: „Einigkeit, Kraft und Freiheit!" (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.) Mit dem Gesang des Niederländischen Dankgebetes war der Parteitag beendet.

★

Hugenberg hat's geschafft.

Hugenberg hat jetzt seinen ersten selbstarrangierten Parteitag hinter sich, der zu einem absoluten Erfolge für ihn geworden ist. Der Erfolg war so hundertprozentig, daß sich, als am Freitag die Generaldebatte über die behandelten Themata stattfinden sollte, nicht ein einziger Versammlungsteilnehmer zu Worte meldete. Mit diesem Erfolg steht Hugenberg in der Parteigeschichte der ganzen Welt einzig da. Selbst auf den Parteitagen des Kommunismus, wo es bekanntlich gefährlich ist, eine Meinung zu vertreten, die nicht die offizielle des Parteivorstandes ist, hat es bisher immer noch Oppositionsredner gegeben. Wenn sie auch meistenteils nachher aus ihren Aemtern flogen, wenn sie sich den gefaßten Beschlüssen nicht ergebenst unterwarfen, so hat es doch immer bis auf den heutigen Tag Widersacher der amtlichen bolschewistischen Politik auf den bolschewistischen Tagungen gegeben. Hugenberg ist der erste, der es erlebte, daß kein Diskussionsredner das Wort ergriff. Die sich auf dem Parteitag in Kassel befanden, es waren meistens deutschnationale Parteifunktionäre, haben sich wohl gedacht, daß sie nicht dafür bezahlt seien, zu reden, sondern nur, im Sinne Hugenbergs abzustimmen. Das haben sie denn auch weidlich besorgt. Was man zu den eigentlichen Gegnern Hugenbergs innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei zählen mußte, verhielt sich entweder ganz still, weil sie die Zwecklosigkeit eines oppositionellen Vorgehens erkannten, oder sie waren überhaupt nicht nach Kassel gefahren. Dazu gehörte z. B. der frühere Reichsernährungsminister Dr. Schiele, der just an dem Tage, da der offizielle Parteitag in Kassel stattfand, einen Führerkongreß seines Landbundes nach Berlin einberufen hatte. Hugenberg hat also in Kassel auf der ganzen Linie gesiegt. Aber er hat über einen Feind gesiegt, der sich ihm nicht zum Kampfe gestellt hatte. Dieses Moment bedarf wohl einer eigenen Betrachtung. Es ist doch ein seltsames Stück, daß wir in Deutschland zahlreiche politische Führer haben, die einer bestimmten Parteirichtung angehören und die auch über erhebliche Anhängerschaft im Volke verfügen können, die es aber doch nicht wagen, gegen einen Mann, der sich zwar auch zu ihrer Partei bekennt, den sie aber als Schädling innerlich ablehnen, offen aufzutreten. Die Dinge liegen hier nicht so, daß diese schweigsamen Abgeordneten, lediglich um einen Parteiskandal zu vermeiden, sich in scheue Reservestellung zurückgezogen hätten, denn der Parteiskandal ist bereits seit langem Tatsache und er ist auch aller Welt bekannt. Nein, wenn sich diese Abgeordneten so zurückhaltend benommen haben, so war das Motiv dazu die blasse Angst, die zittrige Furcht, das Mandat zu verlieren, von den Angestellten Hugenbergs aus der Partei verstoßen zu werden. Nicht ein einziger ist unter ihnen, der es wagte, seine bessere Meinung öffentlich zu bekennen und sich dafür kampfesmutig einzusetzen. Das ist ein gar trauriger Zustand für die Initiativkraft unserer Parlamentarier. Sie haben allerdings mildernde Umstände für sich: Die großen Wahlkreise und das korrumpierende Listenwahlverfahren.

★

Die Deutsche Volkspartei wehrt sich.

× **Berlin**, 23. Nov. Die „Nationalliberale Korrespondenz", das parteiamtliche Organ der Deutschnationalen Volkspartei, wendet sich in scharfer Weise gegen die Angriffe, die in der vom Deutschnationalen Parteitage in Kassel angenommenen Entschließung gegen die Deutsche Volkspartei gerichtet werden.

Die Düsseldorfer Mordsache.

Stelzer nicht der Mörder?

:: **Düsseldorf**, 23. Nov. Am Freitag abend und Samstag vormittag wurden in Verfolg der Festnahme des Waldemar Stelzer die Nachforschungen durch die Kriminalpolizei in Mettmann eifrigst fortgesetzt. An wichtigen Tatsachen ergibt sich, daß die Hornbrille, die bei der Haussuchung nicht gefunden werden konnte, entdeckt ist. Der für die Düsseldorfer Morde in Frage kommende Mann soll bekanntlich eine Hornbrille getragen haben. Weiter ist festgestellt, daß Stelzer bei den Ausgrabungen in Papendell anwesend gewesen ist. Es ist des weiteren durch eine Reihe von Zeugen festgestellt, daß Stelzer selbst erzählt hat, häufig in Frauenkleidern nach Düsseldorf gefahren zu sein. Stelzer soll nach dem „Berliner Tageblatt" seit 1927 seinen ständigen Wohnsitz in Hörde gehabt haben.

Die Pressestelle der Düsseldorfer Kriminalpolizei gibt zu dieser Angelegenheit nachstehenden Bericht heraus: Stelzer ist Freitag und Samstag vormittag eingehend vernommen worden. Bisher sind keinerlei Tatsachen festgestellt, die darauf schließen lassen, daß er als derjenige, der die Morde oder die Ueberfälle begangen hat, in Frage kommt. Er ist einer ganzen Reihe von Zeugen, die vorher behaupteten, den gesuchten Verbrecher bei der Gegenüberstellung bestimmt wiederzuerkennen, gegenübergestellt worden. Keiner dieser Zeugen erkennt ihn als den gesuchten Verbrecher wieder. Einige Zeugen erklärten sogar mit Bestimmtheit, daß Stelzer nicht der Täter sei. Auch aus der Schriftvergleichung haben sich Anhaltspunkte für seine Täterschaft nicht ergeben. Seine Vernehmung wird fortgesetzt. Insbesondere wird seine Glaubwürdigkeit durch genaue Nachprüfung seiner Angaben noch festgestellt. Stelzer hat sich besonders dadurch verdächtig gemacht, daß er offenbar beeinflußt durch überspannte religiöse Ideen nach göttlicher Bestimmung in seiner Person sowohl einen Mann als auch eine Frau verkörpert sah. Dieser Gedanke trug dazu bei, daß er in den Sommermonaten beim Baden auf den Rheinwiesen gelegentlich durch seine Bekleidung den Eindruck zu erwecken suchte, als sei er eine Frau.

★

Im übrigen ist, so schreibt das „Düsseldorfer Tageblatt", in den Mordsachen nichts Neues zu melden. Um den „Würger von Düsseldorf", um den „Poeten des Grauens" ist es — abgesehen von allem, was mit der Mettmanner Verhaftung zusammenhängt —, auch in Berlin, London und in Paris stiller geworden. Die sogenannten Weltblätter haben eingesehen, daß sie sich unter Führung ihrer an den Tatort entsandten Sonderberichterstatter vergaloppiert hatten und blasen auf der ganzen Linie zum Rückzug. Das Berliner Boulevardblatt „Tempo" hat seinen Berichterstatter heimbeordert, und auch die Reporter anderer Zeitungen werden wohl in Zukunft vorsichtiger sein.

In einem langen Artikel: „Was ist Wahrheit?" — Phantasien und Tatsachen um den Würger von Düsseldorf — macht die Berliner „Germania" am Freitag energisch Front gegen alle derartige Sensationsmeldungen. Wir haben von Anbeginn und während der traurigen Vorkommnisse immer wieder betont, daß nur Ruhe und strenge Sachlichkeit dem tatsächlichen Geschehen gerecht werden kann, und daß einzig und allein solche Meldungen und Berichte im wohlverstandenen Interesse der Allgemeinheit liegen, die sich streng an Tatsachen halten, und daß nur sie die Arbeit der Polizei fördern können. Phantasie mag notwendig und förderlich sein, wenn es sich darum handelt, Kriminal- und Detektivromane zu schreiben oder filmwirksame Drehbücher im Stile eines Wallace. Hier schrieb das Schicksal, das harte, grausige Schicksal, ein furchtbares Romankapitel; einer verantwortungsbewußten Presse bleibt wenig mehr zu tun, als die schwierige Arbeit der Kriminalpolizei zu unterstützen.

★

Auf der Spur der Mörder der Fehse-Kinder?

:: **Breslau**, 23. Nov. Nach den Feststellungen der Breslauer Kriminalpolizei richtet sich nunmehr gegen den in Mettmann bei Düsseldorf festgenommenen Stelzer auch der dringende Verdacht, der Mörder der Fehse-Kinder im Juli 1926 in Breslau gewesen zu sein. Stelzer war zu dieser Zeit in der Kreuzburger Straße in Breslau wohnhaft. Bis 1927 wohnte er an verschiedenen Orten Schlesiens zumeist aber in Breslau. Wiederholt fand Stelzer in der Kraschnitzer Heilanstalt für Schwachsinnige Aufnahme, wurde aber immer wieder entlassen. Er betätigte sich als Dienstknecht, Gärtnerlehrling, Wirtschaftseleve und Arbeiter. Auch besuchte er einmal eine Dienerschule. Das letzte Mal war Stelzer 1917 in der Kraschnitzer Heilanstalt. Während des Krieges war er freiwilliger Militärkrankenpfleger. Die Handschriftenprüfung in Düsseldorf ist noch nicht beendet. Am Samstag begaben sich zwei Breslauer Kriminalbeamte nach Strehlen, dem jetzigen Wohnort des Vaters des Stelzer, zu näheren Ermittlungen. Personen, die Stelzer kennen, trauen ihm die Mordtaten durchaus zu.

★

Die Zahnärzte noch nicht gefunden.

Koblenz, 24. Nov. Bis zur Stunde ist über den Verbleib der Koblenzer Zahnärzte noch nichts bekannt. Da auch die Möglichkeit vorhanden ist, daß die Betreffenden von Mainz über Wiesbaden und den Taunus nach Koblenz zurückgekehrt und auf dieser Strecke unterwegs verunglückt sein könnten, hat die Wiesbadener Kriminalpolizei heute verschiedene Höhenstraßen und Seitentäler bis zum Einbruch der Dunkelheit eingehend abgesucht. Doch auch diesmal ohne Ergebnis. Das Gelände soll nun von den Forstbeamten und Landjägern durchstreift werden.

Handelsnachrichten.

Chicagoer Baumwolle.

:: **Chicago**, 23. Nov. Dezember: 1743; Januar: 1760.

Newyorker Baumwolle.

Newyork, 23. Nov. Loco 1760, Januar 1753-55, Februar 1767, März 1781-84, April 1793, Mai 1805-06, Juni 1812, Juli 1820-22, August 1820, September 1820, Oktober 1820, Dezember 1736-1740. Zufuhren in Atlantischen Häfen 6000; Zufuhren in Golf-Häfen 20 000; Export nach England 9000; Export nach dem Kontinent 4000; Zufuhren im Innern 12 000; Fracht nach Liverpool für stark gepr. Ballen 45, dito für Standard 60; Zufuhren in Pacific-Häfen 6000; Export nach Japan und China 4000. Tendenz: stetig.

Herberge zur halben Hoffnung.

Novelle.

Von

L. Schwenger-Cords.

7)

(Nachdruck verboten.)

„Eine Meinungsverschiedenheit in künstlerischen Dingen. — Wir sind beide von heftiger Art. Es erschien mir, als wolle er mir seinen Willen aufzwingen, meine künstlerische Persönlichkeit ersticken. Das warf uns auseinander, und jeder verharrte im Trotz. Wir hatten es uns nicht einmal gesagt, daß wir uns liebten, wenn nicht unsere Augen es sich unbezwingbar verraten hätten. — Und da kam dieser Mann, ein reicher Großindustrieller, der in Kunst dilettierte, kam und vernarrte sich in mich, wollte mich um jeden Preis zu seiner Frau machen."

Lenores Wangen röteten sich. Sie haschte erregt nach der Hand der Freundin. „Julia, — welcher Teufel treibt uns nur, gegen unsere tiefste Einsicht zu handeln? — Ich war schamlos, schamlos. Sehen Sie —" sie hob ihre Hand und wies auf den kostbaren Ring — „sehen Sie, diesen Ring ließ ich mir von dem reichen Manne schenken, weil der, den ich liebte, ihn schön fand. Meine ganze Liebe lebt in diesem edlen Ring. Und als ich meine Verlobung löste und versuchte, ihn zurückzugeben, wurde er mir am anderen Tage als mein Eigentum wieder zugesandt.

Gegen den Fels anständiger Gesinnung und männlichen Bewußtseins stürme ich an wie eine Woge, die vor dem Widerstand zu Schaum zerfließt. Und da ich mittellos bin — ich löste meinen Kontrakt, um — Wahnsinn über Wahnsinn — den so sehr Geliebten nicht mehr sehen zu müssen — da ich mittellos bin, versuchte ich heute, diesen Ring, das Sinnbild meiner Liebe, in Geld umzusetzen."

Wieder schossen der Unglücklichen die Tränen in die Augen.

Julia strich ihr tröstend über das Haar.

„Seitdem ich die eine große Lüge getan," fuhr Lenore fort, „grinst mich das ganze Leben wie ein grauenhaftes Schicksal an. — Bei dem Althändler faßte mich eine Schwäche, eine plötzliche Ohnmacht, und kaum war ich wieder zum Bewußtsein erwacht, sah ich —"

Sie hielt die Hand auf das Herz und legte den Kopf an Julias Schulter — „sah ich draußen auf der Straße, vorbeihuschend wie ein Schatten, einen Mann. Er war es. Er muß es gewesen sein! Ich stürze hinaus, ihm nach, ich wollte, mußte ihn sprechen, aber er war verschwunden — wie ein Hauch, wie ein Luftbild. — Das war in der Gasse beim Kanal, und dann taumelte ich bewußtlos weiter hinab zum Wasser."

Sie ließ sich wieder in das Kissen fallen.

Julia betrachtete nachdenklich ihre leidenden Züge. „Ist der Mann, den Sie lieben, nicht mehr dort zu finden, wo Sie ihn vermeiden wollten, im Schauspielhause?"

„Nein," Lenore schüttelte den Kopf. „Ein Zwischenfall — Sie werden davon gelesen haben — ach, der Aermste!" flüsterte sie in die Kissen hinein.

„Glauben Sie mir, Lenore," sagte nun Julia mit frischerer Stimme, „wir werden ihn finden. Ich will Ihnen suchen helfen. Seien Sie guten Mutes. Und nun lenken Sie Ihre wehen, verstörten Gedanken ab. Sehen Sie, hier sind Hefte, Zeichnungen. Da haben Sie das Leben, den Kampf, das Leid. — Sie sind nicht allein, Lenore," setzte sie hinzu. Und sie reichte der Schauspielerin eine Anzahl Hefte hin, darunter auch ihr eigenes Skizzenbuch. „Ich fasse und gestalte das Leben, wo es mir begegnet, Kind, und nur darum — vermag ich zu leben," sagte sie zögernd, bekennend.

Lenore dankte lächelnd und schlug die Seiten des Buches auf.

Ulisse Heberle blinkte ihr entgegen in südlich-schwäbischer Munterkeit.

„Polyphem —," Lenore, schnell erfassend, lachte leise. „Lebt dieser Polyphem wirklich?"

„Er lebt," sagte Julia, und ein mütterliches, weiches Lächeln glitt über ihre Züge. Lenore wendete das Blatt. Da sah sie den Kopf des alten Ruben, groß und scharf umrissen.

„O!" sagte sie, wie unter leisem Schmerz, „das — das ist der Althändler, bei dem ich — —"

„Bei Silas Ruben waren Sie?" fragte Julia lebhaft. „Er hat einen prächtigen Kopf. Sehen Sie hier —" und sie schlug einige Blätter weiter auf.

Aber da griff Lenorens Hand über die ihrige hinweg und hielt eine Seite fest. Mit bewußtlosem Ausdruck starrten ihre Augen auf einen flüchtig skizzierten Kopf. Wo — haben Sie —," fragte sie stammelnd, und die Worte wollten ihr kaum von den Lippen, — „wo haben Sie diesen Mann — —?"

Angstgehetzt sah sie Julia in die Augen.

„In der Herberge zur halben Hoffnung, aus der alle diese Skizzen stammen," entgegnete die Malerin.

„Es ist Brandt," Lenore lächelte beglückt und schloß die Augen, „es ist Brandt."

„Brandt, der Dramatiker?" fragte Julia, aufhorchend.

„Brandt, der Schauspieler und Dramatiker." Es war, als hätte ihr der Anblick der Skizze neue Kraft gegeben.

Sie sah Julia schwerlich in die Augen. „Er ist es!"

Julia löste das Blatt aus dem Heft und reichte es der Freundin. „Behalten Sie es," sagte sie, „nun werden wir schon unseren Weg finden."

Am Abend ging Julia, wie gewohnt, in die „halbe Hoffnung."

Sie traf Emmerich Hövelmann, glücklich darüber, sie wiederzusehen, doch von seltsamer, fast krankhafter Erregung. Sein Auge hatte fiebrigen Glanz.

„Wie gut, daß Sie da sind," sagte er.

Julia hätte sein verändertes Wesen bemerken müssen, wäre nicht ihre Aufmerksamkeit auf Brandt gerichtet gewesen.

Der Dichter saß an seinem gewohnten Platz, essend und lesend. Er blickte kaum auf. Als sie sah, daß er die Börse zog, um zu zahlen, stand Julia auf, entschuldigte sich kurz bei Hövelmann und ging mit entschlossenem Schritt zu Brandt hinüber.

„Verzeihen Sie," sagte sie kurz, eine Einleitung vermeidend, „es handelt sich um das Leben einer Frau, die auf Ihre Antwortet wartet."

Brandt erhob sich. In seinem Gesicht kämpfte Abwehr mit Ergriffenheit. „Handelt es sich wirklich um das Leben?" fragte er verhalten.

„Sie tun nicht mehr als Menschenpflicht, wenn Sie diese Frage aus eigener Anschauung beurteilen," entgegnete Julia herb. Sie nannte ihren Namen. „Lenore Walser ist bei mir," erklärte sie. „Ein gnädiger Zufall trieb mich ihr in den Weg, ehe es zu spät war.

Brandts Augen blitzten auf, um sich bald darauf mit trüberem Blick wieder zu senken. „Es ist nicht möglich," murmelte er.

„Es ist möglich," bekräftigte Julia Beninga. „Wollen Sie mir folgen?"

In Brandts Zügen arbeiteten Zweifel, Hohn und überströmende Zärtlichkeit. Er neigte stumm zustimmend den Kopf.

Julia kam zu Hövelmann zurück, um ihm mitzuteilen, daß sie früher nach Hause müsse, da eine Freundin bei ihr zu Gast sei.

Sie sah im Gesicht ihres Freundes einen hilflosen Ausdruck.

„Kommen Sie morgen?" fragte er.

„Ich hoffe," sagte sie herzlich. „Und wenn es nicht gelingt, so kehren Sie doch bei uns ein."

Sie ging, und Brandt folgte ihr.

Hövelmann sank in sich zusammen.

„Noch ein Gläschen, Herr Doktor?" fragte Ulisse, sich seinem Gast nähernd. Hövelmann hörte gar nicht. Er murmelte in sich hinein. Als er aber aufblickte und des Wirtes ansichtig wurde, lachte er unvermittelt auf und klopfte Ulisse auf die Schulter.

„Ulisse Eberle, Liebling der Götter und Menschen!" rief er lallend, sodaß sich dem braven Wirt die Meinung aufdrängte, der redliche Doktor habe an den Tränen Christi des Guten zu viel getan.

Ulisse schaute sich betrübt in der leergewordenen Schenke um.

Nachdem auch Hövelmann gegangen, saßen nur noch einige Arbeiter an den Tischen.

Da regte sich Telemach, der beim Ofen lag. Er spitzte die Ohren, und die Fahne seines braun-weißen Schweifes schwenkte leise freudig hin und her.

Hinter der Schenkentür bewegten sich zwei Schatten, und schon traten Kapitän Bents und Modesta in die Stube. Beide glitzerten von weißen Schneeflocken. Denn draußen fegte ein scharfer Wind schneeschwere Wolken vor sich her. Telemach sprang freudig an dem Mädchen hoch, und auch sein Herr vermochte nicht, seine Freude zurückzudämmen. Ja, sie schoß in wahren Strahlen aus seinen kindlichen, schwarzen Augen, und er streckte dem Alten und seiner Tochter beide Hände entgegen.

Modesta schälte ihren blütenfeinen Kopf aus der braunen, glitzernden Umhüllung und lächelte bei dem warmen Willkomm Ulisses freundlich. Schon lange empfand sie die herzliche, liebestrahlende Fürsorge des Wirtes wie eine Wohltat, deren sie nicht mehr entbehren mochte. Trotz aller schlichten Bescheidenheit nahm sie diese Fürsorge mit der hoheitsvollen Haltung einer kleinen Fürstin entgegen.

Der Kapitän, dessen Gesicht von der scharfen Schneeluft hochgerötet war, ließ sich, von Modesta unterstützt, schwerfällig auf seinen Stuhl fallen.

Er schlürfte gierig das erste Glas des süßen, schweren Weines, das Ulisse ihm unaufgefordert brachte. Und sichtlich belebt, lehnte er sich zurück und schloß die schweren Lider über den kranken, trüben Augen.

Ulisse fragte höflich nach seinem Befinden.

„Der Vater befindet sich gar nicht so wohl," klagte Modesta. „Ich wollte ihn bitten, sich zu Bett zu legen, aber er war voller Unruhe und drängte immer wieder zu Ihrer „halben Hoffnung" hin, Herr Heberle."

Ulisse nickte und betrachtete den Kapitän, der noch die Augen müde geschlossen hielt.

„Sie haben Sorge, Fräulein Modesta?" fragte er teilnehmend.

Sie lächelte wehmütig. „Wenn er nur einmal besser werden wollte, klagte sie leise. „Aber es ist, als ob er mit Gewalt ein Ende machen wollte. Jeden Abend trinkt und wütet er."

Ulisse sah voll brennenden Mitleids in ihr blasses, duldendes Gesicht.

„Sie sollten einen Arzt rufen," riet er.

„Er will keinen Arzt. Er hat zu niemand Vertrauen als zu mir und auch zu Ihnen, Herr Heberle."

Und sie lächelte ihn so gütig-fraulich an, daß er nicht mehr wußte, ob sie lebe oder ein Madonnenbild sei, vor dem er auf die Knie sinken müsse.

(Fortsetzung folgt.)

Das Zentrum im Hochschulkampf.

Von

Erwin Miehlnickel.

Wieder einmal hat die systematische Wühlarbeit radikal-nationalistischer Kreise in der Studentenschaft ihre Früchte getragen. Wieder einmal ist es in der Berliner Universität zu Ausschreitungen gekommen, die der akademischen Würde Hohn sprechen. Einen Erfolg werden diese Vorgänge hoffentlich haben: Für den Einsichtigen werden sie eine Stunde der Erkenntnis bedeuten, eine Stunde der Besinnung über den herrschenden Kurs in der „Deutschen Studentenschaft".

Vor einiger Zeit brachte die Zentrumspresse einen Artikel: „Der Irrweg der Deutschen Studentenschaft", in dem ein Zentrumsstudent zu den Ergebnissen des Hannoverschen Studententages der „Deutschen Studentenschaft" (D. St.) Stellung nahm. Der Artikel begann mit einem Hinweis darauf, daß das Schlußlied des Studententages: „Es braust ein Ruf wie Donnerhall" kennzeichnend sei für die ganze geistige Haltung dieses Studententages. Das Werk der Kriegsteilnehmer, die D. St., sei von den dilettantischen Nachfolgern, die des großen Werkes Hüter sein wollten, zum Tummelplatz radikalnationalistischer Ideologen gemacht worden. Aus den eigenen Reihen der D. St. wendeten sich die gemäßigten Köpfe, die in der letzten Zeit ehrlich bemüht waren, die D. St. wieder zu dem alle deutschen Studierenden wahrhaft einenden Verband zu machen, von ihr ab.

Darauf erwidert der „Akademisch politische Informationsdienst", das Sprachrohr der D. St.:

„Wenn man den Verfasser der Kritik recht versteht, so meint er offenbar, daß erst die „Dilettantischen Nachfolger" der Kriegsgeneration den in der „Wacht am Rhein" zum Ausdruck kommenden „Nationalismus" in der D. St. eingeführt haben. Aber damit ist der Verfasser das Opfer seiner eigenen Unkenntnis geworden. Denn es ist eine vom ersten „Deutschen Studententag" in Würzburg im Jahre 1919 übernommene Tradition, daß jeder Studententag mit diesem Lieder seinen Abschluß findet. Wenn der Verfasser fortfahrend diesen angeblich nachträglich eingeführten „Nationalismus" dafür verantwortlich macht, daß „die gemäßigten Köpfe" sich von der D. St. abwenden, so fehlt dem jede Beweiskraft."

Diese Antwort zeigt nur, daß der verantwortlich zeichnende Adamheit den Sinn des beanstandeten Artikels nicht verstehen konnte. Denn das eben machen wir den völkischen Studenten und den im völkischen Kielwasser segelnden Verbänden zum Vorwurf: daß sie sich einem einseitigen Radikalismus verschrieben haben, daß sie den alten Patriotismus in einen engen Nationalismus verwandelt haben. Und daß ihnen die alte D. St. zu einer leeren Form geworden ist, die sie mit Eigenem auszufüllen unternahmen. Sie vergaßen, daß auch die Studentenschaft wesensgemäß und nach dem Willen ihrer Begründer nicht ein Fremdkörper im deutschen Volke sein sollte, sondern ein Teil von ihm. Ein bevorzugter Teil, denn nur das Stipendium des deutschen Volkes, an dem auch der einfachste Arbeiter seinen Anteil hat, ermöglicht ihm das Studium. Die Nachkriegsgeneration der Studentenschaft hat vergessen, daß diese bevorzugte Stellung nicht ein Sonderrecht begründet, sondern daß sie verpflichtet zu verantwortungsbewußter Mitarbeit am neuen Staat.

Die D. St. hat diese ihre Aufgabe nicht erkannt. In immer stärkerem Maße ist sie zu einem exklusiven nationalistischen Klub geworden. Die eingangs angedeuteten Vorgänge der letzten Tage entheben uns der Notwendigkeit, an Hand des Entwicklungsganges der D. St. und des immer stärkeren Abbröckelns der gemäßigten Kreise (Austrittsbeschluß der volksparteilichen Gruppen, Austritt sogar des Kösener S. C. aus der Kieler Gruppe der D. St., die warnenden Aeußerungen des „Jungdeutschen") die Radikalisierung der D. St. unter Beweis zu stellen. Die Ereignisse in Berlin sprechen eine deutliche Sprache.

Was ist geschehen? Die „Allgemeine Studentenschaft der Universität Berlin", die der D. St. angehört, hatte zu einer Kundgebung gegen den Rektor der Universität aufgerufen, weil dieser sich nicht zum ausführenden Organ ihrer Ideen machen wollte. Im Anschluß an diese Kundgebung drangen die Nationalsozialisten in die Universität ein, griffen anders denkende Komilitonen tätlich an und warfen einige von ihnen zum Fenster hinaus. Schließlich griff die Polizei ein und verhaftete einige Teilnehmer. (Hoffentlich die Anstifter!) Wir sind nicht so pessimistisch, in dieser Erscheinung eine Bankerotterklärung der studentischen Selbstverwaltung zu erblicken. Wir wollen auch nicht annehmen, daß die Studierenden ganz allgemein für die akademische Freiheit nicht reif seien. Aber eins müssen wir mit allem Nachdruck betonen: Wenn gewisse Kreise ihre akademische Würde vergessen, hat auch die Staatsgewalt keinen Anlaß mehr, diese Würde zu respektieren.

Wenn es jemals wieder zu einer alle Studierenden umfassenden Studentenschaft kommen soll, dann ist eine gewaltige Vorarbeit zu leisten. Drei Forderungen müssen wir schon jetzt herausstellen: Zu einer deutschen Studentenschaft muß jeder Zugang haben, dessen Zugehörigkeit zum deutschen Kulturkreis durch Sprache und Bildung erweisbar ist. Hier ist der Punkt, wo die 35 000 katholischen Studenten zum Einsatz gebracht werden müssen. Unsere zweite Forderung ist eine gründliche Hochschulreform. Vor allem in der Richtung, daß Angehörigen aller Volkskreise das Studium ermöglicht wird. Praktische Arbeit zur Erreichung dieses Zieles scheint uns im Augenblick nur der „Deutsche Studentenverband" zu leisten. Die dritte Forderung ist die restlose Beseitigung des Duellunwesens, das mit seiner reinlichen Scheidung zwischen „Satisfaktionsfähigen" und „Nichtsatisfaktionsfähigen" die deutsche Volksgemeinschaft zerstören muß.

*

Noch ein Wort zu der Budapester Tagung der Confédération internationale des Etudiants (C. I. E.). Nach der Ablehnung ihres Aufnahmegesuches ist es der D. St. gelungen, ein Arbeitsabkommen zweifelhaften Wertes abzuschließen. Ueber den Inhalt dieses Abkommens ist in der Presse bereits eingehend berichtet worden, so daß wir uns auf die Hervorhebung einiger wesentlicher Punkte beschränken können:

1. Die D. St. hat in den wichtigsten Ausschüssen nur beratende Stimme.
2. **Die D. St. darf trotzdem den vollen Beitrag zahlen.**
3. Die Ausweise für die deutschen Studenten polnischer Staatsangehörigkeit in Danzig werden nicht von der D. St. ausgestellt, sondern von der C. I. E.
4. Für gewisse Studienreisen nach Danzig muß ein Komitee gebildet werden, dem polnische und deutsche Studenten gleichberechtigt angehören.

Abgesehen davon, daß die D. St. durch ihre Verhandlungsführung der C. I. E. Gelegenheit zum Eingreifen in innerdeutsche Angelegenheiten gegeben hat, besteht eine Divergenz zwischen dem in Budapest erzielten Achtungserfolg und der oft und gern betonten großdeutschen Treue. Das Verhalten des Deutschen Studenten-Verbandes, der aus prinzipiellen Erwägungen unter den gegenwärtigen Umständen die Verhandlungen mit dem Internationalen Studentenverband abgebrochen hat, scheint uns dem großdeutschen Gedanken und der nationalen Würde besser zu entsprechen.

Für die katholischen Studenten gilt es, alle Kräfte zu aktivieren und einzusetzen im Kampfe gegen die Radikalisierung der Hochschule im völkisch-nationalistischen Sinne. In diese Front gehören sämtliche katholische Korporationen!

Studentenkrawalle in Prag.



Im Anschluß an Demonstrationen von Studenten der deutschen Universität in Prag kam es zu Zusammenstößen zwischen Studenten und der Polizei.
Das Bild zeigt das Vorgehen der mit Gummiknüppeln bewaffneten tschechischen Polizei gegen die Studenten.

Die Lage der deutsch-russischen Bauern.

Allerlei Schwierigkeiten.

◆ **Berlin**, 23. Nov. Die Meldung, daß 300 deutschstämmische Bauern von den in Moskau versammelten 13 000 Flüchtlingen mit ihren Familien nach Deutschland abgereist sind, ist insofern ungenau, als diese 300 Auswanderer nicht unmittelbar mit dem Massentransport zu tun haben. Sie hatten schon vorher ihre Ausreisevisagebühren erlegt und können daher gar nicht mit den anderen in Zusammenhang gebracht werden. Von einer Ausreisegenehmigung für die übrigen deutschstämmigen Bauern, die der Rat der Volkskommissare erteilt haben soll, ist hier noch nichts bekannt. Freilich hat während der ganzen Dauer der Verhandlungen über die Ausreise der Bauern die Sowjetregierung ihren Standpunkt wiederholt gewechselt. Sie hat ursprünglich die Auswanderungsgenehmigung erteilt, später auf beschleunigte Abwanderung gedrängt und wiederholt die Erteilung der deutschen Visa verlangt, jedoch im letzten Augenblick die Ausreisegenehmigung zurückgezogen. Die deutschen amtlichen Stellen sind vom ersten Tage an bemüht gewesen, nicht nur das Los der Flüchtlinge zu erleichtern, sondern auch ihre Auswanderung zu beschleunigen und die Ansiedlung in Kanada zu ermöglichen. Der europäische Vertreter der kanadischen Mennoniten erklärte dem Auswärtigen Amt im Verlaufe von Verhandlungen, daß die Ansiedlungen in Kanada ohne Schwierigkeiten möglich sei.

Um Schwierigkeiten in der Paßfrage zu beseitigen, bat er Deutschland um die Ausstellung von Personalausweisen für die Auswanderer. Die Erfüllung dieser Bitte wurde ihm umgehend zugesichert. Im Gegensatz zu den Ausführungen des Mennonitenvertreters stellte sich heraus, daß die kanadische Regierung nicht so ohne weiteres die Ansiedlung in Kanada für möglich hielt. Den Bemühungen des deutschen Generalkonsuls in Montreal und der Mennoniten gelang es, die Zusicherung der kanadischen Regierung zu erreichen, daß die Flüchtlinge im Frühjahr aufgenommen werden könnten. Bis dahin wurde Deutschland um Aufnahme gebeten. Wie seinerzeit gemeldet, hat die deutsche Regierung Reichsmittel für die Unterstützung der Auswanderer zur Verfügung gestellt und alle sonst erforderlichen Maßnahmen für ihre Unterbringung getroffen. Wiederholt von Deutschland angebotene Hilfsmaßnahmen für die noch in Moskau weilenden Flüchtlinge wurden von der Sowjetregierung abgelehnt.

*

Wieder zurück ins Elend.

¶ **Moskau**, 23. Nov. Während zwischen der deutschen Botschaft und den Vertretern der Sowjetregierung die Verhandlungen über die Erteilung der Ausreiseerlaubnis für die deutschstämmigen Kolonisten weitergehen, haben die Rücktransporte von Kolonisten in die von ihnen verlassenen Heimatgebiete, die während einiger Tage unterbrochen worden waren, seit der letzten Nacht erneut eingesetzt.

*

Todesurteile gegen russische Bauern.

Charkow, 24. Nov. In der Sowjetukraine, wo die Monatsvoranschläge der Getreidebereitstellungen in vielen Bezirken bei weitem nicht erreicht werden, gehen die Sowjetbehörden besonders scharf gegen die Bauern vor. Neuerdings wurden vom Charkower Bezirksgericht fünf Bauern aus dem Kreise Meltitopol zum Tode verurteilt, weil sie Widerstand gegen die Eintreibung von Getreide geleistet haben sollen. Ueber diejenigen Bauern, die die geforderten Getreidemengen nicht abliefern, wird der Warenboykott verhängt und ihr Inventar wird zwangsweise versteigert. Man rechnet allgemein mit einer weiteren Verschärfung des Druckes auf die Bauernschaft.

Der Wirrwarr in Prag.

Von unserem Prager Berichterstatter.

Am 27. Oktober fanden in der Tschechoslowakei die Parlamentswahlen statt, denen sich die bisherige nichtmarxistische, nationalgemischte Regierungskoalition freiwillig unterzogen hat. Heute haben wir noch keine Regierung und nicht einmal eine Ahnung, wie sie aussehen wird. Die Ursache, daß es dem vom Präsidenten der Republik mit der Aufgabe der Regierungsbildung betrauten ehemaligen Ministerpräsidenten Udrzal, der gleichzeitig der Exponent der stärksten tschechischen Partei, der Republikanischen Agrarier ist, nicht gelungen ist, seine Mission erfolgreich durchzuführen, liegt weniger in seinem mangelnden diplomatischen Talent, als in den Verhältnissen. Von vornherein stand wohl fest, daß die Grundlage der neuen Regierung die beiden stärksten Blocks, der agrarische und der sozialistische, bilden sollten, doch schon die Forderung der Agrarier, daß keine der früheren Koalitionsparteien ausgeschaltet werden solle, stieß bei den Sozialisten, die dadurch in die Hinterhand gelangen würden, auf Widerstand. Andererseits willigten die Agrarier wieder nicht in den Wunsch der tschechischen Sozialdemokraten, auch die deutschen Genossen in die Regierung aufzunehmen, ein begreiflicher Widerstand, wenn man die radikale und demagogische Haltung, die die deutschen Sozialdemokraten gegen die frühere Regierung eingenommen haben, kennt. Ein anderer hemmender Umstand ist der, daß es zu viele Anwärter für den Eintritt in die Regierung gibt. Wenn alle die Parteien berücksichtigt werden sollten, die Anspruch darauf erheben, in der Regierung vertreten zu sein, so käme man zu einer Koalition, die 252 von 300 Mandaten und 12 von 16 Parteien umfassen würde, ein Apparat, der ungemein schwer zu lenken wäre und in dem es, schon wegen der Verschiedenheit der Parteiinteressen, unaufhörlich Reibungen gäbe. Dieser Plan der „großen" Koalition wurde daher zurückgestellt, und Udrzal versuchte den einer „rot-grünen" zu lancieren. Aber auch dieser scheiterte, da die Sozialisten auch in einer solchen Regierung das Gleichgewicht zwischen den beiden Blocks forderten, das nur durch Ausscheidung der einen oder anderen katholischen Parteien erzielt werden könnte, welchem Ansinnen sich die tschechischen Agrarier widersetzten. So kam man schließlich auf den Gedanken, die altschechische Koalition der Nachkriegsjahre, in der die Deutschen Parteien überhaupt nicht vertreten wären, wieder aufleben zu lassen. Doch auch diese Absicht scheint fallen gelassen zu sein. Man könnte dem Ausland, so sagte man an maßgebender Stelle, schwer begreiflich machen, daß die Deutschen aus der Regierung wieder ausgeschaltet werden sollen, nachdem man seinerzeit ihren Eintritt in die Regierung der ganzen Welt gegenüber als einen großen Erfolg der Konsolidierung des Staates und als eine Tat von staatsmännischer Bedeutung gewertet hatte. Auch unterschätzt man an maßgebender Stelle nicht die Gefahr, die dadurch entstehen könnte, daß sich die nationalen Minderheiten des Staates unter dem Zwange der Opposition zu einem Minderheitenblock zusammenschließen könnten, der stark genug wäre, der altschechischen Regierung besonders dem Auslande gegenüber Verlegenheiten zu bereiten.

Es ist schwer aus dieser Sackgasse einen Ausweg zu finden. Man erwägt momentan deren zwei: Eine Beamtenregierung, die lediglich die Staatsnotwendigkeiten, vor allem den Staatsvoranschlag durchzuführen hätte, worauf im Frühjahr neuerdings Wahlen ausgeschrieben würden, und zweitens doch die Verwirklichung der „großen Koalition" mit einigen Einschränkungen. Der erste Weg ist nicht recht verheißungsvoll, denn es steht zu erwarten, daß auch Neuwahlen im Frühjahr kaum eine Aenderung der jetzigen Parteienkonstellation bringen dürften, abgesehen davon, daß schon jetzt in der Bevölkerung große Wahlmüdigkeit herrscht und die Parteien sich auch durch die bedeutenden Ausgaben, die solche Wahlen bedingen, finanziell erschöpfen. Bei dem zweiten Ausweg wird es sich darum handeln, ob sich die beiden großen Blocks darüber einigen können, in welcher Richtung die Einschränkungen der großen Koaliton geführt werden sollen.

Die Zeit drängt, das Parlament soll spätestens am 28. November zusammentreten, um den Staatsvoranschlag zu beraten, für dessen Durchpeitschung ohnedies nur mehr knappe drei Wochen zur Verfügung stehen. Die Entscheidung muß in den nächsten Tagen fallen, niemand aber weiß heute, wie sie fallen wird.

Warum die Aufregung?

:: **Köln**, 25. Nov. Im Rheinland und speziell in der großen und schönen Stadt Köln haben die Sozialdemokraten bei den Wahlen am 17. November nicht das Ziel erreicht, das sie erreichen wollten. Trotz der vielfach fragwürdigen Aktionen, die die rheinische Sozialdemokratie und an ihrer Spitze die „Rheinische Zeitung" des früheren Reichsministers Sollmann zu Gunsten ihres Zieles unternommen haben, ist es nicht gelungen, die starke Position des Zentrums im Rheinland und in Köln zu erschüttern und die Sozialdemokratie an die erste Stelle zu bringen. Wir haben Verständnis dafür, daß dieser Mißerfolg im sozialdemokratischen Lager schmerzlich empfunden wird. Kein Mensch freut sich, wenn er hereinfällt. Aber ein hysterischer Ausbruch, wie ihn die „Rheinische Zeitung" am letzten Freitag erlebte, (in Nr. 321) geht doch wohl über das bei einem Verärgerten allenfalls noch entschuldbare Maß von Unbeherrschtheit hinaus. Schon vor dem 17. November hat man über den Wahlkampf der „Rheinischen Zeitung" manchmal den Kopf schütteln müssen. Besonders damals, als sie den Aufruf des Kölner Kardinals, der die Katholiken zur Wahl der Partei aufforderte, „die von vornherein den Schutz unserer vielfältig bedrohten sittlich-religiösen Belange in Gemeinde, Stadt und Provinz gewährleistet", in ebenso plumper wie lächerlicher Weise zu einer Aufforderung zu Gunsten der Sozialdemokratischen Partei umfälschte. Am vergangenen Freitag regte sich dieselbe „Rheinische Zeitung" darüber auf, daß der Kölner Oberbürgermeister vor Vertrauensleuten der Kölner Zentrumspartei auf die Gefahren eines sozialistischen Sieges hingewiesen und der Aachener Regierungspräsident, der zugleich Mitglied der Zentrumsfraktion des Preuß. Landtages ist, „unter Hinzufügung seiner Amtsbezeichnung" einen Aufruf für die Zentrumspartei erlassen habe. Die „Rheinische Zeitung" erklärt, das sei „Amtsmißbrauch zu Gunsten einer Partei." Sie ruft aufgeregt nach dem Ministerpräsidenten und verlangt von ihren Freunden in der preußischen Regierung zweckentsprechende Gegenmaßnahmen. Die Naivität der „Rheinischen Zeitung" ist eigentlich kaum zu überbieten. Will sie wirklich uns glauben machen, daß noch nie ein hoch- oder höchstbeamteter Sozialdemokrat eine Wahlrede gehalten oder sonst eine Aktion im Interesse seiner Partei veranstaltet hat? Herr Sollmann braucht sich gar nicht weit umzusehen. Es genügt, wenn er noch einmal die Nummer 310 seiner Zeitung aufschlägt. Da findet er direkt unter der erwähnten Fälschung des erzbischöflichen Aufrufes einen langen Bericht über die Wahlrede, die der aktive preußische Innenminister Grzesinski in Köln zu Gunsten der Sozialdemokratischen Partei gehalten hat. Wir haben das nicht als einen Amtsmißbrauch bezeichnet und wir haben damals auch nicht, wie die „Rheinische Zeitung" es jetzt tut, geschrieben, bei uns wachse „eine Stimmung, die der preußischen Koalitionspolitik nicht eben zuträglich" sei. Grund dazu hätten wir schließlich ebenso gut, wie die „Rheinische Zeitung".

20 Angeklagte in einem Betrugsprozeß.

◆ **Recklinghausen**, 24. Nov. Vor dem Großen Schöffengerichte Recklinghausen beginnt am Montag ein großer Prozeß, der in die Inflations- und französische Besatzungszeit hineinreicht und der zum Gegenstand wesentliche Veruntreuungen und Durchstechereien bei dem Bau von Wohnungen in der Bergmannssiedlung Recklinghausen hat. Die Dauer des Prozesses, der im Stadtverordneten-Sitzungssaal des Rathauses Recklinghausen stattfindet, ist auf 4 Wochen berechnet. Angeklagt wegen Betruges, Veruntreuung, Diebstahls, Verstoßes gegen die Bestimmungen des unlauteren Wettbewerbes, Anstiftung und Beihilfe zum Nachteil der Bergmannssiedlung Recklinghausen, der Treuhandstelle Essen für Bergmannssiedlungen im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbezirk, des Reichs- und Staatsfiskus sind insgesamt 20 Personen.

Die Anklageschrift umfaßt weit über 80 Maschinen-Druckseiten. Während der ganzen Dauer des Prozesses werden eine Anzahl Sachverständige und Gutachter den Verhandlungen beiwohnen. Nach den ursprünglichen Feststellungen der Voruntersuchung soll die Bergmannssiedlung bezw. der Staats- und Reichsfiskus um insgesamt 265000 Mark geschädigt worden sein. Im Verlaufe der eingehenden Untersuchung hat diese Summe eine außerordentliche Minderung erfahren. Ein wesentlicher Teil der Verhandlungen des Prozesses wird sich mit der Bewirtschaftung öffentlicher Gelder und der Erwerbslosenunterstützung, sowie mit rein bautechnischen Fragen beschäftigen. Bekanntlich erfolgt die Finanzierung des Baues für Bergmannssiedlungen aus der Kohlenabgabe pro geförderte Tonne der Zechen des rheinisch-westfälischen Steinkohlenbezirkes. Ueber diese Gelder hatte die Treuhandstelle für Bergmannssiedlungen zu verfügen. Infolge der im Jahre 1922 stark einsetzenden Inflation konnte bei dem Mangel der vorhandenen Mittel das Bauprogramm der Treuhandstelle für Bergmannssiedlungen nicht durchgeführt werden, so daß die bereits begonnenen Bauten von Häusern in diesem Jahr zur Stillegung gelangten. Um nun im Jahre 1923 die Bautätigkeit in den Bergmannssiedlungen wieder zu beleben, stellte der Reichsarbeitsminister besondere Darlehen zur Verfügung, als Vorschüsse auf die kommenden Erträge der Kohlenabgabe. Im Jahre 1924 wurden vom Reichsarbeitsminister aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge Darlehn zum Weiterbau der Bergmannssiedlungen zur Verfügung gestellt. Bei der wieder einsetzenden Bautätigkeit der Bergmannssiedlung Recklinghausen sollen ferner Gelder veruntreut und zum Vorteil der beteiligten Baufirma benutzt worden sein. In dem Prozeß werden auch die sich durch den Ruhreinbruch der Franzosen ergebenden schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse eine gewisse Rolle spielen. Eine Nachprüfung der gesamten, auf die Jahre 1922 bis 1926 sich erstreckenden Vorgänge wird sich außerordentlich schwierig gestalten. Der Prozeßstoff zieht sich nämlich über die Jahre 1922 bis 1926 hin. Infolge der Inflation und der Beschlagnahme der Baumaterialien durch die Franzosen in der Besatzungszeit wurden die abgeschlossenen Verträge zumeist überholt, auch mußten wiederholt Stillegungen von Bauten eintreten, da es der Bergmannssiedlung an Geld mangelte. Man hofft, daß dieser Prozeß noch vor Weihnachten endigen wird.

General von Bernhardi 80 Jahre alt.



General der Kavallerie a. D., Friedrich von Bernhardi, beging am 22. November in voller Frische seinen 80. Geburtstag. General von Bernhardi, einer unserer erfolgreichsten Heerführer im Weltkriege, hat sich auch als Militärschriftsteller Verdienste um Heer und Volk erworben.

Rheder Volk
Bezugspreis: 2,55 M
Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei
Nummer 328

Das

Noch keine
über

)!(Berlin, 25. Nov.
trat heute vormittag
leiters, Professor Dr.
Ergebnis der Eintra
prüfen. Nach längerer
daß im ganzen Eintra
felhaft gültige
zweifelhafte Ein
sind. Es sind also
über die erforderlichen
sodaß 10,02 Prozent der
Volksbegehren eingetragen
anstandeten Eintragungen
stimmungsausschüssen
ungültig erklärt
Eintragungen außerh
Eintragung von
dige Eintragungen, Do
unter Vorbehalt, Eintra
Personen und ähnliches.

Der Reichswahlausschuß
gefaßt:

1. Die Zurücknahm
tragungsverfahren ist
2. Eintragungen, in
striche auf die vorherge
wird (sogenannte Untert
3. Eintragungen, die
gemäß bestimmten Eintr
sind, sind ungültig.

Das Ergebnis Rhei

● **Berlin**, 25. Nov.
Reichswahlausschusses sind
Nord von 60 461 Eintra
und zweifelhaft gü
Zahl der gültigen Eintr

Im Wahlkreis Köln-A
tragungen 80 für ungü
erklärt worden. Die Zahl
betrug 1,28 v. H.

In Düsseldorf-Ost
gen 25 für ungültig
worden. Die Zahl der gü
2,01 v. H.

In Düsseldorf-We
gungen 60 für ungülti
erklärt worden. Die Zahl
betrug 3,6 v. H.

Vor dem R

Von unserer Ber

Berlin, 25. Nov. (Dr
das Volksbegehrensgesetz im
gelangen. Die Reichsregier
den Standpunkt in einer ku
druck. Wie sich im einzelnen
begehrensgesetzes gestalten w
nichts Endgültiges fest. Die
licherweise am liebsten sehen
gehende Beratung einschlie
gehren zusammenhängenden
Es ist auch möglich, daß einz
träge zu dem Volksbegehre
werden. So z. B. von der
ein derartiges Vorgehen vor
hat. Vorerst aber ist nicht a
begehrensgesetzentwurf zu aus
Anlaß geben wird, zumal
irgend möglich, am 22. Dezem
ein Termin, der nicht ein
wenn sich die Beratungen d
Volksbegehren über mehr als
streden würden. Zudem aber
solche Fülle von dringlicher
statthaft erscheint, die kost
gehren zu verschwenden, dessen
sieht. Zwar wird von der R
wiederum versucht, den Termi
hinauszuzögern. Beka
Rechtspresse zuerst mit aller E
gung des Volksentscheides g
Wünschen seitens der Reichsreg
hat sie mit der gleichen Ener
zögerung sich eingesetzt. W
daß der Reichswahlausschuß der
läufige Endergebnis vorleg
daß das nicht den Vorschrifte
sondern daß der Reichstag erst
könne, wenn das endgülti
ist das lediglich eine Wor
würdig den früheren Versuchen
die endgültige Niederlage hina